

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 38.

Dienstag, den 14. Februar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

An die gewerkschaftlich Organisierten.

In Reich und Glied!

Ein Wort zur Reichstagswahl.

Der „Grundstein“, das Organ des Bauarbeiterverbandes, bringt folgende trefflichen und beherzigenswerten Ausführungen:

Vor Ablauf eines Jahres — wahrscheinlich im kommenden Herbst — finden die Neuwahlen zum Deutschen Reichstage statt. Es ist dies wieder eine jener seltenen Gelegenheiten, wo die Masse des Volkes ihre Meinung über die von der Regierung und den verschiedenen Parteien beliebte Politik zum Ausdruck bringen kann. Kein Wunder, daß angesichts dieser Tatsache den Volksfeinden aller Art vor der Abrechnung für ihre in den letzten Jahren begangenen Sünden hängt und daß diese fieberhaft rüsten, um auch bei dieser Gelegenheit wieder ihre Macht zu stärken, jene Macht, die es ihnen ermöglichen soll, auch ferner, wie bisher, aus der Haut des Volkes Riemen zu schneiden. Wir brauchen bei dieser Gelegenheit nicht besonders darzulegen, wie das gemacht wird; denn die Reichsfinanzreform, bei der die Sunker und Sunker-Genossen die breiten Massen erneut mit hohen Steuern bepackten, ist ja noch in aller Erinnerung, und auch sonst haben wir alle, der eine mehr, der andere weniger, die Macht der Volksfeinde mehr als genug am eigenen Leibe erfahren. Wir haben ein Jahr schweren Kampfes hinter uns, ein Jahr, in dem Unternehmerübermut Hunderttausende unserer Kollegen aufs Pflaster warf, um sie zu gezügten Sklaven zu pressen. Wir haben geseht; aber von dem, was wir erlungen haben, soll uns das, was uns nicht schon vorher genommen worden war, durch die Politik des Fiskusjunkerblocks nachträglich noch genommen werden.

Aber nicht genug damit, bemühen sich die Krant- und Schlotjunker, die Millionäre des Großgrundbesitzes und der Industrie nebst ihren zahlreichen reaktionären Trabanten aus dem Mittelstand und dem arbeiterfeindlichen Unternehmertum, um neue Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter und ihre Organisationen zustande zu bringen. Ganz besonders sind es auch die gewerkschaftlichen Organisationen, die ihnen un bequem sind und die sie niedertrampeln und knebeln möchten. Um dies Ziel zu erreichen, betreiben sie schon seit Monaten eine Hege gegen die gewerkschaftlichen und die politischen Organisationen der Arbeiter, wie sie erbärmlicher und niederträchtiger kaum jemals betrieben worden ist. Man bemüht sich insbesondere, die leider immer noch vorhandenen unaufgeklärten Volksmassen und das Spießbürgertum in eine Furcht- und Gruselstimmung zu versetzen und sie so, wie bei der Hurrafstimmung im Jahre 1907, zu einem kräftigen Ritt gegen die Arbeiterbataillone und ihre Schanzens zu veranlassen, um dann hinterher, wie das letztemal, um so ungestörter die Attentate auf das Wohl des Volkes vornehmen zu können.

Unter diesen Umständen wenden wir uns an euch, Kollegen, um euch jetzt schon aufzufordern, in dem uns bevorstehenden Wahlkampfe Mann für Mann eure Pflicht zu tun. Wir brauchen euch heute wohl nicht erst des langen und breiten auseinanderzusetzen, welche Partei die Interessen der Arbeiter vertritt; denn ihr wißt, daß ihr eine energiegelbe und konsequente Vertretung der Arbeiterinteressen nur von der Sozialdemokratie zu erwarten habt. Ebenso wenig wie die preußischen Sunker von der Sozialdemokratie die Vertretung ihrer Interessen erwarten können, ebenso wenig können die Arbeiter von den Sunkern und Sunker-Genossen, von den Konservativen, Nationalliberalen, dem Zentrum usw. eine Vertretung der Arbeiterinteressen erwarten, mögen ihnen diese Parteien vor den Wahlen auch alles mögliche versprechen. Jede soziale Gruppe hat im großen und ganzen in einer politischen Partei ihre Interessenvertretung, und es ist ganz selbstverständlich, daß eine Partei, die die Interessen der Industriellen, Unternehmer und Großgrundbesitzer vertritt, nicht gleichzeitig auch die Interessen der Arbeiter vertreten kann; denn diese Interessen stehen einander im allgemeinen immer strikte gegenüber.

Das Interesse der Arbeiter fordert zum Beispiel Gesetze, durch die den Arbeitern die Lebenslage verbessert, die Arbeitszeit verkürzt, der Lohn erhöht und die Lebensmittel verbilligt werden. Wie kann man aber erwarten, daß zum Beispiel die Nationalliberalen als die Vertreter des Arbeitsherrentums für eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit oder für die Festsetzung von Mindestlöhnen stimmen, oder daß die Konservativen für die Herabsetzung der Lebensmittel verteuernenden Zölle und Steuern eintreten? Wenn sie das täten, dann bestünde ja für sie die

Gefahr, daß ihr eigener Überfluß geschmälert würde, und dafür sind natürlich die Leute, die ihre Arbeiter um jeden Pfennig Lohnerhöhung wochenlang kämpfen lassen, dafür sind auch die beutegierigen Sunker und ihre Spießgesellen nicht zu haben. Die Arbeiterklasse braucht Gesetze, durch die ihre Entwicklung, ihr ruhiger Aufstieg zur Kultur gewährleistet und gefördert wird; aber der Interessengegensatz zwischen den Arbeitern und den Angehörigen der bürgerlichen Reaktionsparteien verlangt Gesetze, die diesen Aufstieg hemmen, die für die Arbeiterklasse Steine im Weg und Fesseln an Händen und Füßen sind. Mit wahrer Besonnenheit verteidigt die Reaktion jeden Fußbreit Boden, sucht sie ihre Macht gegen die Arbeiter nicht nur zu erhalten, sondern noch zu erhöhen. Deshalb ist es etwas ganz Selbstverständliches, daß ein aufgeklärter Arbeiter nur zu seiner eigenen Partei, der Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie gehören kann, und daß er sie bei der Wahl unterstützen muß.

Aber mit der Unterstützung bei der Wahl selbst, mit der Abgabe eines Stimmzettels darf es nicht getan sein. Das ist auch nicht der Grund, weshalb wir diese Worte heute schon schreiben; denn dazu wäre es kurz vor den Wahlen noch Zeit. Was wir für notwendig halten, ist, daß sich unsere Kollegen auch an den Vorbereitungen für die Wahlen beteiligen, daß sie von vornherein mitarbeiten und alles daransetzen, um den Wahlausfall in unserem Sinne, im Interesse der Arbeiter zu gestalten. Das können sie am wirkungsvollsten im Rahmen der Organisation, die den politischen Kampf für die Arbeiter führt, der sozialdemokratischen Partei selbst. Und deshalb möchten wir unseren Kollegen, die der sozialdemokratischen Partei noch nicht angehören, nahelegen, dieser beizutreten und an allen Wahlarbeiten von vornherein teilzunehmen. Dies ist um so notwendiger, je größer die Hege wird, die die scharfmacherische Reaktion gegen die Gewerkschaften und deren Tätigkeit entfaltet; denn es handelt sich bei den Wahlen nicht zum wenigsten um den Schutz dieser Gewerkschaften.

Und noch auf etwas anderes wollen wir aufmerksam machen. Viele unserer Kollegen werden noch Zeitungen halten, die ihre eigenen Interessen mit Füßen treten, die die Bestrebungen der Arbeiter, ihre Lage zu bessern, in offener oder versteckter Form bekämpfen. Kollegen, werft solche Blätter aus euren Wohnungen hinaus und bestellt für sie die Arbeiterpresse! Mögen die Leute jene Blätter lesen, die von ihrer Schreibweise profitieren. Wir wissen sehr wohl, daß es oftmals die Frauen sind, die sich der Abschaffung der gegnerischen Zeitungen entgegenstellen. Klärt darum die Frauen auf, saget ihnen, daß es sich um ihr Interesse nicht minder als um euer eigenes handelt. Jeder Kollege, der dazu irgendwie in der Lage ist, sollte auf die sozialdemokratische Tagespresse abonnieren, die im Wahlkampfe immer die stärkste Waffe der Arbeiter ist.

Also nochmals, Kollegen: denken wir alle daran, daß es nicht genügt, nur auf gewerkschaftlichem Gebiete unsere Pflicht zu tun. Denken wir daran, daß uns die durch unsere gewerkschaftliche Arbeit errungenen Erfolge durch politische Manipulationen wieder genommen werden können, wenn wir politisch gleichgültig und indifferent sind. Denken wir an die erbärmliche Hege, die das reaktionäre Scharfmachertum gegen uns entfaltet, und zeigen wir uns in den nächsten Monaten als ganze und erste Männer, als Männer, die gewillt sind, nicht nur die reaktionären Anschläge gegen uns zu schanden zu machen, sondern auch uns den Weg zu weiteren Erfolgen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete frei zu machen. Es steht zu erwarten, daß die Reaktion und das Scharfmachertum in den nächsten Monaten Rüssel voll Schmutz und Unrat über uns ausgießen, daß sie unsere Sache in einem Meer von Lügen zu erlösen trachten werden. Lassen wir uns dadurch nicht beirren, sondern tun wir, was uns unser Interesse zu tun gebietet. Vervollständigen wir die Phalanx der politischen Organisation, damit der Wahlkampf alle unsere Kollegen finde in Reich und Glied, bereit, für unser Recht zu kämpfen. Setzt an Seite mit der ganzen politisch geschulten Arbeiterschaft!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag begann am Montag die Beratung des Marineetat. In den 90er Jahren hätte bei solcher Gelegenheit das Haus den Eindruck eines sogenannten großen Tages erweckt, und August Scherl hätte ein halbes Duzend Photographen auf die Tribünen postiert, um die Miene des Staatssekretärs, die Uniformen am Bundesratsstisch und die zuschauenden Herren und Damen in die „Woche“ zu bringen. Dazumal lebte noch der grimmige Freßfinsternis von Hagen, Eugen Richter, damals zerriff des Zen-

trum noch Flottenpläne, agitierte Diederich Hahn gegen die gräßliche Flotte und proklamierte die Rechte mit schöner Offenheit ihr „Kein Kanig keine Kähe“. Doch die Zeiten sind vorüber. Heute ist die ganze bürgerliche Welt flottenfromm geworden. Die Sunker fürchten keine Freihandelswirkungen mehr von der Flotte, Herr Erzberger läßt dicke Wehrauchwolken vom Reichsmarineamt steigen und Adler vierter oder selbst dritter Güte horsten an den zottigen Männerbrüsten bewährtester, freisinniger, fortschrittlicher Volksmänner. Raum noch ist es den Paasche, den Semler und den Brendt möglich, sich in der unterschiedslosen Masse der Flottenfrommen durch besonderen Eifer hervorzutun. Überraschungen erwartet man nicht, und so geht die Beratung des Marineetat schlicht und schmucklos, als ob es sich um eine Impetition oder eine Rechnungssache handle, in Szene. Mäßig besetztes Haus, mäßig besetzte Tribünen. Eine kurze G. Häfisonsordnungsdebatte über die Ausdehnung, die man der Beratung des Titels „Staatssekretär“ geben soll, und dann klettert Herr Erzberger auf die Tribüne und überschüttet den alten Seebären Tirpitz mit wahren Tonnen voll Rosenöl. Herr von Tirpitz ist, wie alle Bären, garnicht unempfindlich gegen solche Liebkosungen und streicht mit der gut gepflegten Hand wohlgefällig den schönen grauen Bart. Und dann kommt der bürgerliche Sunker aus Mecklenburg, Herr Dröschner, und wird, obwohl seine schnarrende Stimme sich gar nicht recht dazu eignet, noch zärtlicher gegen den Staatssekretär, um den uns, wenn anders Herr Dröschner recht hat, die ganze Welt so beneidet, wie sie uns vor November 1908 um den Kaiser beneidet hat. Zwi chendurch — und das steht ihm viel besser — wittert der Sprecher der Sunkerpartei gegen die Sozialdemokratie und läßt die Heizer über die beabsichtigte Streichung der halben Zulage mit den schönen Ausflüchten zu trösten, die ihnen dank ihrem Marinediens in Zivil erwachsen. Eigentlich müßten sie noch was drauf zahlen, klingt es zwischen den Zeilen. Dankbar greift Herr v. Tirpitz diesen staatserkaltenden Gedanken auf und malt ihn liebevoll weiter aus, nachdem er in Erwiderung des so reichlich gespendeten Lobes mit den leitenden Parteien des Fiskusblocks schmähende Rüsse ausgetauscht hat — biblisch natürlich. In das Idyll der allgemeinen Harmonieduselei weht endlich der scharfe Wind der Kritik. Genosse Ledebour hält den selbstzufriedenen Flottenenthusiasten die Menschheitspflicht der Abriistung vor, er zieht die Konsequenz aus dem konservativ-gouvernementalen Heizertröst: ausgebildete Admirale haben gute Ausflüchten bei Ballin u. Co., also mögen sie an die Marine zahlen für die goldenen Zukunftsberge, die sie ihnen eröffnet. Und dann kommt unser Redner auf die Kriegervereinsrede des Großadmirals Prinz Heinrich. Schwerin-Löwitz setzt sich in Postur und greift kampfbereit zur Glocke. Aber er kommt nicht in die Lage, sie zu schwingen. Kröcherlicher Hausknechtsgestalt herrscht nun doch nicht am Königsplatz und außerdem hat Prinz Heinrich auch schon einmal gegen die Konservativen geredet, weshalb die patriotische Gänsehaut, die bei jeder Hohenzollern-Erwähnung pflichtgemäß die Rechte überzieht, muß, diesmal nur andeutungsweise in Erscheinung tritt. Die Prinzen-Erwähnung veranlaßt Tirpitz zu der üblichen „Verwahrung“. Sie fällt recht kläglich aus und Ledebour führt nochmals den ollen ehrlichen Seemann in einer persönlichen Bemerkung gründlich ab. Und so schloß denn der Tag besser als er begonnen.

Am Dienstag geht es weiter.

Die Beamten und die Jugendpflege.

In seinen Grundrissen zur Jugendpflege appelliert das preussische Kultusministerium an die freiwillige Mitarbeit der Beamten. Die „Kreuzzeitung“ meint, vorausichtlich werde die oppositionelle Kritik am schärfsten bei diesem Appell einlegen; aber politische und soziale Gründe sprächen dafür, daß sich die Beamten diese Gelegenheit nicht entgehen lassen dürften, um außer Dienst in engster Verbindung mit dem Volke zu treten. Wir sehen die Demokratie aller Grade eifrig an der Arbeit, das Mißtrauen der Bevölkerung gegen Richter und Beamten zu wecken und zu steigern. „Partei-Regiment“ und „Klassenjährling“ sind die Thematika, die in allen demokratischen Zeitungen und Versammlungen unermüdlich variiert werden. Die Absicht ist die Aufwiegelung gegen alle staatliche Autorität zu dem offenen oder verheimlichten Zweck einer Revolutionierung des Volkes.“ Jeder Vertreter der Staatsautorität werde als von vornherein der Volksfeindlichkeit verdächtig hingestellt. Es wird darum den Beamten Freude machen, nach besten Kräften gemeinsam mit den Jugendpflegern aus dem Bürgerstande tätig zu sein in der Arbeit für die heranwachsende Generation, sie emporheben zu helfen aus der vergifteten Atmosphäre des Klassenkampfes oder aus der Stille einer moralisch verfeuchten Umgebung, ihnen gleichzeitig den Glauben an das eigene Volk, den eigenen Staat, die Treue und Selbst-

losigkeit der Staatsdiener, die Liebe und Ehrfurcht vor dem König und Kaiser mit auf den Lebensweg zu geben."

Hurra! Hurra! Hurra!

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Am Montag begann im preussischen Abgeordnetenhaus die Generaldebatte zum Etat des Ministers des Innern. Unsere Genossen hatten dazu eine Reihe von Anträgen gestellt, die sich auf die Aufhebung der Bestenordnung, Änderung des Verdinggesetzes, Aufhebung des Plakatgesetzes, Aufhebung des Vagabundengesetzes und eine Reform des Fortschießgesetzes bezogen. Die bürgerlichen Parteien waren am Sonnabend übereingekommen, die Beratung dieser Anträge nicht mit der Staatsberatung zu verbinden. Das Haus trat diesem Beschlusse bei; unsere Anträge werden also später gesondert behandelt werden.

Als erster Redner sprach der Konservative v. Söfler dem Minister das Vertrauen seiner Freunde aus und lobte die Tätigkeit der Landräte. Der Zentrumsabgeordnete Linz forderte Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild, also eine neue Leg Helinge. Minister v. Dallwitz trat für den Berliner Polizeipräsidenten ein, der in seiner bekannten Kaisergeburtstagsrede lediglich seine Beamten gegen die Angriffe der Presse in Schutz genommen habe. Ähnlich äußerte sich Freiherr v. Zedlitz, während der Abg. Lohmann (Nat.) scharfe Kritik an der Tätigkeit der Landräte übte. Als letzter Redner sprach Genosse Hirsch, der in zweieinhalbstündiger Rede die ganze innere Verwaltung kritisierte, zahlreiche Fälle von Gesetzesmißbrauch gegen die Sozialdemokratie aufzählte und eingehend das Wesen der Theaterzensur, namentlich das Vorgehen gegen die freie Volkshöhne besprach. Unser Redner kam dann noch einmal auf die Moabiter Vorgänge zu sprechen und wies an der Hand von Zeugnisaussagen unzweideutig nach, daß das Gerücht, der Ehrenschuß der Polizei sei rein und die Schutzleute hätten tabellöse Manneszucht gehalten, den Tatsachen nicht entspreche. Als Genosse Hirsch die Verpöschung von Inhaftierten auf der Polizeiwache scharf kennzeichnete, rief ihn der Präsident v. Kröcher zur Ordnung.

Die Debatte wird am Dienstag fortgesetzt.

Der Wink mit dem Zaunpfahl.

Der Wochenrückblick der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ sieht unter dem Eindruck: es gelingt nichts mehr. Der Beschluß der Kommission, die mit der Vorbereitung des Verfassungsentwurfes für Elsaß-Lothringen betraut ist, die Reichslande zu einem selbständigen Bundesstaat zu erklären, ist der Regierung schwer auf die Nerven gefallen. Herr v. Bethmann-Hollweg hatte im Plenum den Eindruck gewonnen, daß seine Vorlage nicht auf erhebliche Widerstände stoßen werde. Und nun muß sein Leiborgan konstataren:

„Im Widerspruch hiermit hat die Kommission einen Zentrumsantrag angenommen, der einmal Elsaß-Lothringen zum selbständigen Bundesstaat erklärt und ihm des weiteren drei Stimmen im Bundesrat zuspricht. Der Vertreter der verbündeten Regierungen hat sofort auf die außerordentlichen politischen und staatsrechtlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die sich aus der Annahme dieses Antrages, insbesondere aus der Umwandlung des Reichslandes in einen selbständigen Bundesstaat ergeben würden.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ unterstreicht nun diese Erklärung des Staatssekretärs Debrück noch ausdrücklich mit dem Hinweis darauf, daß die Politik des „Alles oder Nichts“ nicht zum Ziele führen werde. Daß das Zentrum die Absicht hat, unter allen Umständen an dem gefaßten Beschluß festzuhalten, glaubt natürlich kein Mensch. Entweder handelt es sich für das Zentrum lediglich um ein Wahlmandat, oder man betrachtet den gefaßten Beschluß als ein Kompensationsobjekt, mit dem Ingeständen auf anderen Gebieten erungen werden sollen.

Mandatswunde.

Der fortschrittliche Abgeordnete Schrader, der Vertreter für Dessau, hat sich endgültig entschlossen, nicht wieder zu kandidieren. Im Wahlkreis Dessau-Zerbst wurde Schrader 1907 als Blockkandidat mit 19 183 gegen 13 322 sozialdemokratische Stimmen gewählt.

Reichsland oder Kaiserland.

Zu dem Artikel der „Straßburger Post“ „Reichsland oder Kaiserland“, den die Regierung durch Wolffs Telegrammbureau verbreiten ließ und in dem ausgeführt wird, daß die Erhebung von Elsaß-Lothringen zum Bundesstaat, ganz einerlei in welcher Form, für den gegenwärtigen Zeitpunkt vollkommen ausgeschlossen sei; die verbündeten Regierungen würden, darüber besteht kein Zweifel, eher auf eine Weiterberatung der Vorlage verzichten, als auf der Grundlage des jüngsten Kommissionsbeschlusses im Plenum weiter verhandeln,“ bemerkt die „Scharnacher-Post“:

Der Bundesrat... zeigt damit in erfreulicher Weise, daß er nicht gewillt ist, die Kaisermacht für die einst alle Stämme und Staaten des Deutschen Reiches die größten Opfer gebracht haben, zu verhandeln, im Gegenteil will auch er, soweit der Charakter als Bundesstaat es zuläßt, ein Wehler der Kaisermacht sein. Gerade dieser Umstand erfüllt uns mit freudiger Hoffnung für die Zukunft des Reiches.

Es wäre nur noch zu wünschen, daß der Reichszankler amtlich recht bald sich in derselben Weise äußere, damit alle Zweifel verbannt und alle Sorgen hinweggenommen würde. Besonders ist auch die Entscheidung mit der das Unannehmliche des Reichstagsbeschlusses hier angesprochen wird. Ercht hinter der Entscheidung mäßig der Reichszankler, dann wird dadurch auch in Kritik, in denen man gerade wegen seiner Haltung in der Elsaß-Lothringischen Frage an ihm zu zweifeln begann, neues Vertrauen entstehen.

Die „Post“ schlägt in ihrer Rechnung einen weitaus höheren Faktor: die Stimmung in den Reichslanden. Dieser eine Faktor wird ihr einen Erfolg durch die Zustimmung und durch alle „jünglichen Hoffnungen“ machen!

Die „Kreuzzeitung“ meint „nebenbei“ bei dem Verlauf der reichsständischen Verfassungsfrage habe es sich wieder vor aller Augen gezeigt, „daß ein schwarzblauer Block nicht besteht, sondern daß die vermeintlichen Blockparteien nach ihren eigenen Grundfäden getrennte Wege gehen.“

„Unser Kaiserjohn“ und die deutschen Schutzgebiete.

Aus kolonialen Kreisen wird der „Berliner Börsenzeitung“ geschrieben, von verschiedenen Seiten sei im Anschluß an die Meldung von dem Abbruch der Kronprinzenreise in Kalkutta der Wunsch geäußert worden, der älteste Kaiserjohn möge, von Indien zurückkehrend, seinen Weg über die deutschen Schutzgebiete nehmen. Zurzeit sei davon dringend abzuraten, weil in Deutsch-Ostafrika im März und April an der Küste die große Regenzeit herrsche. Der Reisende wäre also in seiner Bewegungsfreiheit stark behindert; die Möglichkeit, dem tropischen Maß durch eine Fahrt in das Innere zu entkommen, ist aber heute wegen der verhältnismäßig geringen Länge unserer Eisenbahnen mit Schwierigkeiten verknüpft. Etwas günstiger stehe es mit Südwestafrika. Dort erstreckt sich die Hauptregenzeit auf die Monate Januar bis März. Leider seien bisher Niederschläge in Damaraland und Namaland recht gering gewesen, so daß die Gefahr nicht ausgeschlossen erscheine, daß der Besucher das Land unter dem Zeichen der Dürre vorfindet und ein ganz falsches Bild von ihm gewinnt. Nach der regelmäßigen Regenzeit bietet Südwestafrika „einen wunderbaren Anblick“. Im übrigen stehe eine Reise in die afrikanischen Kolonien schon seit Jahren auf dem Reiseprogramm.

Eine dumme Drohung.

Staatssekretär v. Riberlen-Wächter hat sich in der Schiffsabgabenkommission über die ablehnende Haltung Hollands und Österreichs ausgesprochen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kommt am Sonnabend darauf zurück und zwar sagt sie:

Die Berichte, die in einigen Blättern über diese Erklärungen auf Grund von Indiskretionen veröffentlicht worden sind, sind vielfach sinnentstellend. Im besonderen hat sich die Wendung, daß der Staatssekretär die Opposition gegen den Gesetzentwurf im Auslande nicht tragisch nehme, lediglich auf die Protestkundgebungen ausländischer Interessentenkreise bezogen. Erklärungen auswärtiger Regierungsstellen hat der Staatssekretär hierbei nicht behührt.

Im Anschluß daran führt das Regierungsblatt aus: Wir wollen hierzu bemerken, daß sich die Vertreter der verbündeten Regierungen, wenn sich die Gewohnheit solcher Indiskretionen fortsetzen sollte, in den Kommissionen eine sehr viel größere Zurückhaltung bei dem auferlegen müßten, was sie sonst zu sagen bereit wären.

Diese Bemerkung ist so dummdreist, daß einige Worte dazu gesagt werden müssen. Die Übung, selbst Ausführungen ganz allgemeiner Art als vertraulich zu bezeichnen, artet geradezu in groben Unfug aus. Dinge, die die Späßen von den Dächern pfeifen, werden als vertraulich erklärt und damit der Besprechung im Plenum, in der Presse und in der Agitation entzogen. Die denkbar bequemste Art, Schwächen und Blößen der Regierung vor der öffentlichen Kritik zu bewahren. Hat man doch im vorigen Jahre in der Budgetkommission versucht, selbst die Tatsache, daß die Militärverwaltung enorme Lückenvorräte auf Lager hat, als vertraulich zu bezeichnen. Die bürgerlichen Parteien fühlen sich durch das „Vertrauen“, das man in sie setzt, ungeheuer „geehrt“ und merken gar nicht oder wollen nicht merken, daß man ihnen unter dem Stempel der Verschwiegenheit die gleichgültigsten Dinge anvertraut. Im Interesse der unbefangenen Kritik muß gegen diese ganze Geheimtueri, hinter der in Wirklichkeit garnichts steckt, mit allem Nachdruck protestiert werden.

Wie ein Agrarier die Fleischnöcherung beseitigen will.

Der „Praktische Landwirt“, ein in Halle a. S. erscheinendes landwirtschaftliches Organ, macht zur Beseitigung der Fleischnöcherung den folgenden erbaulichen Vorschlag:

Die Fleischnöcherung hängt, wie von anderer Seite schon dargelegt wurde, damit zusammen, daß die Landwirte zur Pflege des Viehes nicht mehr genug Gensde erhalten. Wenn sozusagen ein gewisser Eindämmungsversuch (der Landflucht der Fortwagenden) von Erfolg sein soll, wird vor allem die Schaffung eines Fonds nötig sein, aus dem jungen Leuten, die sich zur Landwirtschaft und Viehzucht verbinden, eine jährliche Gratifikation von beiläufig 50 Mk. gewährt werden kann, die dem Burschen beim Eintritt zum Militär, dem Mädchen bei ihrer Vereinerung, im allgemeinen bei Vollendung des 20. Lebensjahres ausbezahlt wird. Bei beiden Lebensabschnitten werden diese 50 Mk. (von der Konfirmation an gerechnet) eine hochwillkommene Beihilfe bilden und gewiß viele junge Leute bis zum gegebenen Zeitpunkt an die Landwirtschaft und Viehzucht fesseln. Und woher die Mittel nehmen? Gar kein Kunststück! Der Landwirt kann sie selbstverständlich nicht aufbringen. Da die großstädtischen Vergnügungen aber einen wesentlichen Faktor der Landflucht mit bilden, sollen diese auch quasi die Rede bezahlen, und zwar in der Weise, daß jede Eintrittskarte zu irgend welcher Vergnügungsanstalt mit einer Steuer von 5-20 Pf. belegt wird. Außerdem könnte aber auch wenigstens ein Teil jener Summen, die alljährlich für Studium bewilligt und gespendet wird, mit zu dem Zwecke Verwendung finden.

Dem bildungs- und vergnügungsfeindlichen Agrarier gebührt ein Ehrenvorsitz im Bunde der Landwirte!

Eine Hohenzollernrede.

Prinz Heinrich von Preußen nahm am Sonntag an einem Kommerzteil, der von zehn Vereinen ehemaliger 35er veranstaltet war. Er benutzte die Gelegenheit zu einer wackersten Hohenzollernrede. Nachdem er seiner Genehmigung Ausdruck gegeben hatte, daß weder Zeit noch Kosten gespart werden, der Anregung zu einem Beisammensein beim Bier Folge zu leisten, fuhr der Redner fort:

Es ist mir dies umso erfreulicher, als wir in einer überaus trüben und schweren politischen Zeit leben. Trotz eines 40jährigen Friedens erfreut sich das Deutsche Reich nach außen unverändert seiner von allen Seiten geachteten Unabhängigkeit. Ercht man so seinen Anlag, um den äußeren Feind, die Niederdeutschlands in der Welt, zu fürchten, so haben wir

alle Veranlassung, um so wachamer zu sein und als alte und junge Soldaten zu unserem Kaiser und allerhöchstem Kriegsherrn zu stehen und sich um ihn zu scharen im Kampfe gegen den immer drohender werdenden inneren Feind. Wir sind weit entfernt, irgend jemanden seine politische Meinung, wie deren Betätigung auf gesetzlichem Wege zu verargen. Wo aber der Wobere des Gesetzes verlassen wird, da hat ein jeder von uns die Pflicht, die Obrigkeit zu unterstützen, und dafür zu sorgen, daß Recht und Ordnung nicht verlegt werden. Es wird sich, wie wir alle wissen, im kommenden Jahre nicht zu ferner Zeit Gelegenheit bieten, Ebnigstreue und staatsverhaltende Bestimmung bei aller sonstiger Verschiedenheit der Meinungen zu beweisen. Die festeste Stütze des Staates ist und bleibt die Armee unter ihrem allerhöchsten Kriegsherrn. Ihm gelte unser erstes Hoch.“

Die Montagsblätter begnügen sich damit, diese Hohenzollernrede, die anscheinend unter dem Eindruck der „Kreuzzeitungs“-Moabiteri ihre Geburt feierte, ohne Kommentar wiederzugeben. Von einigem Interesse ist nur noch, daß der „Lokal-Anzeiger“ die Prinzen-Attake gegen den „inneren Feind“ unterschlägt.

Bewaffnete Banden in Deutsch-Südwestafrika.

Ein Aufstand der Bondels in Sicht?

Die deutschen Behörden in Deutsch-Südwestafrika befürchten einen neuen Aufstand der Eingeborenen. Wie offiziös mitgeteilt wird, ist dem deutschen Reichskolonialamt folgende amtliche Meldung aus Deutsch-Südwestafrika zugegangen:

Nach einer Mitteilung der englischen Grenzpolizei sucht ein Teil der Simon-Kopper-Deuten bei Bella und Ramansdrift die deutsche Grenze zu überschreiten. Der Polizeiposten in Ramansdrift hörte am Abend des 7. Februar Gewehrfeuer. Da auch auf deutschem Gebiete eine bewaffnete Bande festgestellt ist und sämtliche Eingeborenen und Viehwächter in der Gegend von Steinkopf verschwinden sind, wurde das Kommando des Südbezirks angewiesen, die Bande energisch zu verfolgen und die Bondels zu überwinden. Eine Verbindung zwischen den Simon-Kopper-Deuten und den Bondels bei Steinkopf erscheint nicht ausgeschlossen.

Diese Mitteilungen lassen die gegenwärtige Lage in Deutsch-Südwestafrika als keineswegs unbedenklich erscheinen. Ein neuer Aufstand in dieser Kolonie würde wieder viele Menschenleben und viele Millionen an Geld kosten.

Das sind die Folgen unserer herrlichen Kolonialpolitik!

Amerika.

Wie die „Revolution“ auf Haiti beendet wurde. Nach einem Telegramm aus Kap-Haitien (Haiti) sind der General Chapuzet, der Anführer der Aufständischen, die Guanaminth einnehmen, und General Michael Cadib, der die Aufständischen gegen Fort Liberte führte, von Regierungstruppen gefangen genommen und auf der Stelle erschossen worden.

Präsident Simon hatte am Sonnabend eine Besprechung mit dem Konsularkorps, das bemüht ist, den Schwierigkeiten ein Ende zu machen, und gab die Versicherung ab, daß keine weiteren Aufständischen hingerichtet werden sollen.

Amlich wird die Revolution für beendet erklärt. Die Konsulate sind mit Flüchtlingen überfüllt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 14. Februar.

Die Lübecker Bürgerschaft hatte gestern gerade keinen ruhmvollen Tag. Sie kniete vor dem Willen des Senates zusammen, wie ein gescholtener Hund vor seinem Herrn. Es handelte sich wieder einmal um die Beamtenbesoldungsfrage. Zweimal hat die Bürgerschaft einen Beschluß gefaßt, der die berechtigten Wünsche der Lehrer mehr berücksichtigt als die Senatsvorlage. Der Senat, der ja seine Bogenheimer kennt, letzte den Beschlüssen der Bürgerschaft stets ein Unannehmliches entgegen in der sicheren Erwartung, daß beim drittenmal die Unfallsucht in den Kreisen der Erstklassigen verpeerd genug gewirkt haben würde, um ihm eine Mehrheit für seinen Antrag zu sichern. Gestern hat sich die Hoffnung des Senates denn auch erfüllt. Es wurden zwar von liberaler Seite noch Reden gehalten, welche die Bürgerschaft zum Festhalten an ihrem bisherigen Standpunkt aufforderten, aber aus diesen Ausführungen klang eine gewisse Resignation heraus. Man mußte ja bereits wie es kommen sollte, und mußte doch vor der Öffentlichkeit noch etwas für die Lehrer tun. Die Reichstagswahlen stehen ja vor der Tür und das liberale „Tageblatt“ hatte bereits am Freitag vorklaut verkündet, daß in dieser Sache, angesichts der Reichstagswahlen mehr noch als der ganze Beamtenbesoldungsstaat auf dem Spiel stände, daß die Bürgerschaft bei der Reichstagswahl sein oder Nichtsein bedeute. Die Liberalen fürchten demnach, daß die Lehrer bei den Reichstagswahlen so verständlich sein und sozialdemokratisch wählen könnten; hauptsächlich deshalb traten sie für die Besserstellung der Lehrer ein. Für sie waren also im Wesentlichen politische Erwägungen maßgebend. Unser Genosse Stelling nagelte das denn auch gebührend fest. Weiter wurde von ihm die schwankende Haltung der Bürgerschaftsmitglieder, die stets „mit schwerem Herzen“ umfallen, scharf kritisiert. Auch des bestehenden Wahlrechts, durch welches eine so hatlose Bürgerschaftsmehrheit erst möglich geworden ist, wurde entprechend gedeutet. Daß die Rede Stellung, der mit aller Entschiedenheit für die Besserstellung der Lehrer eintrat, weder beim Senat noch bei den erstklassigen Bürgerschaftsmitgliedern Enthusiasmus erregte, versteht sich am Rande. Dafür läßen aber die ausgeteilten Liebe. Schließlich desanovierte die Bürgerschaft ihre früheren Beschlüsse, indem sie in namentlicher Abstimmung den in der letzten Sitzung angenommenen Antrag Fehling mit 58 gegen 40 Stimmen ablehnte. Auch verschiedene andere von der Bürgerschaft früher beschlossene kleine Verbesserungen erlitten ein ähnliches Schicksal. Der Senat war Sieger auf der ganzen Linie. Er hat eben einen festen Willen.

Zu einer endlosen Debatte gab darauf der Verkauf eines Staatsgrundstückes bei der Sonnmitte an den Annehmer Lorkuhl Veranlassung. Nach Ansicht zahlreicher

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 13. Februar 1911.

126. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: von Tirpitz.

Zweite Beratung des Marineetat.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, beim Titel 1 „Gehalt des Staatssekretärs“ auch das Kapitel 51 „Zulagewesen“ zu verhandeln.

Präsident Graf Schwerin-Löwitzy schlägt vor, auch das Kapitel 52 — Indiensthaltungen — mit zu verhandeln, da auch hierbei das Zulagewesen eine Rolle spielt.

Lebedour (SD., zur Geschäftsordnung) widerspricht diesem Vorschlage; das Kapitel 52 hat gar keinen Zusammenhang mit dem Zulagewesen, außer daß ein sozialdemokratischer Antrag vorliegt, einen darin enthaltenen Titel zu erhöhen, um den Heizern die bisherigen Zulagen zu lassen.

Haffermann (MZ.) beantragt, die Beratung der ersten Titel des Kapitels 52, die ebenfalls mit dem Zulagewesen zusammenhängen, mit der des Gehalts des Staatssekretärs zu verbinden.

Das Haus beschließt so.

Die Sozialdemokraten beantragen, für das Maschinen-, Funkentelegraphen-, Artilleriemechaniker-, Feuerwerker- und Heizerpersonal, dem durch die Neuregelung des Zulagewesens die Stellenzulagen entzogen sind, werden die Zulagen in der bisherigen Höhe wiederhergestellt und hierzu wird im Kapitel 52 der Titel „Stellenzulagen“ statt auf 2 800 000 Mk. auf 3 228 000 Mk. bemessen.

Erzberger (Z.): Die deutsche Flotte ist keineswegs auf Schulden gebaut. Der Schiffswert unserer Flotte ist größer als der auf Anleihe genommene Teil und dies Verhältnis wird von Jahr zu Jahr besser. Wir waren also mit unserem Flottengesetz und seiner Bindung auf dem richtigen Wege. Frankreich und England ahnen es jetzt nach. Unsere Marineverwaltung hat mit relativ geringeren Mitteln mehr zur Verstärkung der Flotte getan, als die anderen Staaten mit größeren Mitteln. Der innere Ausbau der Marine, die Heranbildung tüchtiger Mannschaften und Offiziere ist jetzt die Hauptsache; sie müssen sittlich religiös erzogen werden, dann sind auch ihre Nerven widerstandsfähiger, und sie meiden leichter den Alkohol. — Durch die Neuregelung des Zulagewesens hat der Staatssekretär eine Ersparnis von 1,4 Millionen erzielt. Es ist zu billigen, daß in Zukunft „blinde Tafelgelder“ nicht mehr gezahlt werden sollen. Alle Zulagen sind an sich vermerkt, das Gehalt soll auskömmlich sein. Ein Streit ist entstanden bei den Zulagen des Maschinen- und Heizerpersonals. Sie erhielten bisher 20 Wfg. pro Tag, die gestrichen worden sind. Die Kommission hat sie ihnen für die Tage wieder bewilligt, an denen sie aktiven Dienst als Heizer tun, das ist ungefähr die Hälfte der Tage des Jahres. Das ist ein weitgehendes Entgegenkommen. Der weitergehende Antrag der Sozialdemokraten hat mich überrascht, da sie ja am Schluß wieder den ganzen Etat ablehnen. (Lachen b. d. Soz.) wie sie ja auch jüngst wieder eine Besitzsteuer, die Reichswertzuwachssteuer, abgelehnt haben. (Bravo! im R.)

Dr. Dröschner (R.): Der Etat hält sich im Rahmen des Flottengesetzes. Das mag dem Staatssekretär nicht leicht geworden sein, jedenfalls danken wir ihm dafür. (Bravo! rechts.) Unser Flottengesetz hat sich allseitige Anerkennung errungen; die deutsche Marine hat die französische ganz außerordentlich überflügelt. Auf dem Gebiet sparsamer und kaurinämischer Geschäftsführung hat die Verwaltung bedeutende Fortschritte gemacht. Eine Reichstagskommission, die den Werkbetrieb bis in die kleinsten Einzelheiten studierte, hat sich hiervon überzeugen können. (Hört, hört!) Die Kieler Werkstättengänge sind ganz ungerecht verallgemeinert worden. Falsch und nur zu agitatorischen Zwecken aufgestellt ist die Behauptung, daß auf Kosten der Mannschaften zuunehmen der Offiziere gepart worden sei. Was die Heizer betrifft, so sind wir prinzipiell der Ansicht der Marineverwaltung, daß sie ebenso wenig wie die anderen

Kategorien einen Anspruch auf besondere Entschädigung für die Erfüllung ihrer Dienstpflicht haben. Aus Billigkeitserwägungen heraus sind wir aber für Gewährung einer Zulage für die Tage, an denen sie wirklich als Heizer Dienst tun, lehnen jedoch alle weitergehenden Anträge ab. Wir lehnen daher den agitatorischen sozialdemokratischen Antrag ab, der an die Begehrlichkeit der Heizer appelliert. Natürlich möchten die Sozialdemokraten den Geist nationaler uneigennütziger Pflichterfüllung erlösen. Wenn dieser Geist aber erlosch, dann werden Armees und Marine zu stumpfen Waffen. (Lebh. Zust. rechts.) Mit Recht vertritt sich der Staatssekretär die Vermischung außerhalb der Verwaltung stehender Verbände in die Arbeitsbedingungen der ihm unterstellten Betriebe. Diese Ablehnung bedeutet durchaus keinen Eingriff in die gesetzliche Koalitionsfreiheit. (Hört, b. d. Soz.) Möge der Staatssekretär erfolgreich weiterarbeiten an der segensreichen Entwicklung unserer glänzenden Seemacht. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz: Nur auf Grund des Flottengesetzes war es möglich, die Flotte so auszubauen, wie es geschehen ist. Daß unsere Flotte nicht aggressiven Zwecken dienen soll, ist für jeden Deutschen selbstverständlich. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) — Der Unglücksfall des Unterseebootes bei Kiel ist in sehr eigentümlicher Weise erfolgt. Wäre das Boot einfach gesunken, so hätten die Mannschaften noch für 48 Stunden Luft gehabt, und es wäre völlig Zeit zum Heben gewesen. Nun hat aber das Boot eine eigentümliche Schräglage angenommen, und dabei entwickelten sich erstickende Gase im Schiffsraume, sobald sofort mit der Rettung der Mannschaften vorgegangen werden mußte. Wäre zufällig das Hebeschiff zu spät zur Stelle gewesen und wäre das Boot erst auf den Grund gesenkt und dann gehoben worden, so wären vielleicht die drei Leute im Turm gerettet worden, von den 28 Leuten im Schiffsraum aber wäre ein großer Teil zugrunde gegangen. Es ist also bei der Rettungsaktion durchaus richtig verfahren worden. Bei den Zulagen wünschte der Reichstag eine Revision mit dem Ziel der Ersparung. Sollte das erreicht werden, so konnte man nicht einfach von den Zahlmeistern aufwärts an die Zulagen streichen, sondern mußte auch bei den Mannschaften zulagen streichen. Bei den Kapitulanten war es nicht möglich, denn deren Zahl dürfen wir nicht verringern, sie sind das Knochengewebe der Marine. So blieb nur übrig, die Zulagen der Heizer zu beschränken. Gewiß haben auch die Heizer einen schweren Dienst, aber doch nur zeitweise, wenn mit voller Fahrt gefahren wird, was schon aus ökonomischen Rücksichten selten geschieht. Es kommt hinzu, daß die Arbeit der Matrosen in vieler Hinsicht der der Heizer gleichwertig ist, und die Matrosen keine Zulagen haben. Der Antrag, den Heizern die volle Zulage wieder zu gewähren, verlangt Summen, die aus dem Marine-Etat nicht herauszuholen sind. Die Kommission hat die halbe Zulage wieder hergestellert; auch diese Summe war schwer herauszuholen, doch wird das durch rationellere Wirtschaft auf den Werften möglich sein. (Bravo! rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Lebedour (SD.): Die Vorredner haben den Staatssekretär mit Lob überhäuft, und dieser hat zum Dank dafür sie wieder gelobt. Er hat sich benommen, wie

ein oder ehelicher Seebär,

der nach dem Orient verschlagen, dort von zwei Orientalen gelobt wird, und in ungeschickter Weise die Lobhudeleien erwidert. (Weiterkeit.) Die Fragen, die mit der Kriegsmarine zusammenhängen, sind gänzlich zu überlassen, ohne daß auf das Gebiet der auswärtigen Politik übergegriffen wird. Deshalb müssen wir verlangen, daß bei solchen Gelegenheiten der Reichstanzler und der Minister des Auswärtigen hier Rede und Antwort stehen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Das ist umso notwendiger, als es im nennmehr Brauch wird, das Budget des Reichstanzlers und des Auswärtigen an das Ende der Staatsberatung zu schieben, wo die Rücksicht auf die Geschäftsfrage des Hauses ernsthaft Debatten verbietet. (Sehr richtig! links.) Folgendes ist die heutige

Rosendbergzählung

(Weiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) auch keine ernsthafte Debatte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Vorauszusehen will

ich, daß wir bei allem Widerstand gegen das System der Flottenpolitik es anerkennen, wenn Männer, die im Dienst der Flotte durch unglückliche Zufälle in Lebensgefahr geraten, sich als Männer bewähren, wie es bei dem Unfall des Unterseebootes geschehen ist. Diese Anerkennung männlichen Mutes hat aber mit der Frage, ob wir eine Flotte in diesem Umfang haben müssen, nichts zu tun. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herr Erzberger erklärt das Flottengesetz für ganz ausgezeichnet. Nur in einer Nebenbemerkung ließ er einfließen, er wolle kein fachmännisches Urteil über die Leistungen im Rahmen des Flottengesetzes abgeben, er verstehe das nicht. So geht es mir auch. (Weiterkeit im Zentr.) Der Unterschied ist nur der, daß Herr Erzberger mit den Lobhudeleien über diese Leistungen nicht zurückgehalten hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich dagegen kritisiere nicht, ob das Flottengesetz so zur Ausführung gebracht ist, daß alles erreicht ist, was erreicht werden sollte, sondern für uns liegt die Frage so, daß alle Argumente für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung einer so großen Kriegsmarine nicht zutreffen, um dem deutschen Volke Jahr für Jahr solche Opfer aufzuerlegen. (Zust. b. d. Soz.) Herr Erzberger sagt, die Flotte ist notwendig, damit der deutsche Handel ein gleichberechtigter Faktor werde mit dem anderer Länder. Aber die Entwicklung des deutschen Handels hängt nicht von einer großen Kriegsmarine ab, sondern von der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes, von der Entwicklungsfähigkeit unserer Industrie, von der hohen technischen Ausbildung des deutschen Arbeiters. (Lebh. Sehr gut! b. d. Soz.) Weiter wird gesagt, die Kriegsmarine sei nötig zum Schutz des Handels. Aber man kann nicht jedem Handelsschiff ein Kriegsschiff zur Seite stellen, im Krieg ist das Handelsschiff stets der Kapererei ausgesetzt. Um den Handel zu schützen, müssen Kriege überhaupt verhindert werden, und wenn sie doch ausbrechen, müssen sie in einer Form geführt werden, daß die Handelsschiffe nicht so gefährdet sind wie bei dem heute geltenden Seerecht. An der Verhinderung der

Kriegsgefahr

haben die Arbeiter aller Länder das größte Interesse, und die Sozialdemokraten aller Länder arbeiten daraufhin (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber Ihre Politik trägt dazu bei, die Kriegsgefahr zu entflammen und zu verstärken. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herr Erzberger und auch Herr Tirpitz sagen: die Flotte ist nicht zum Angriff da. Ach, das versichern die Minister in allen anderen Ländern auch. Aber das Krüden ist eine Schraube ohne Ende und beseitigt nicht die Kriegsgefahr, sondern erhöht sie. Um sie zu beseitigen, haben wir die

patriotische Pflicht, die Kriegsgefahr im eigenen Lande zu bekämpfen.

(Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Herr Tirpitz mag ja ein Friedensengel sein. Wer gibt aber den Engländern und anderen Völkern die Bürgschaft, daß nicht morgen schon ein kriegerischer Reichstanzler und eine kriegerische Regierung daran zu denken beginnt, ob man nicht lieber mit der gepanzerten Faust eingreifen soll. Dann nützt der

friedenslüstern Tirpitz

nichts. (Gr. Hört.) Eine wirkliche Beseitigung der Kriegsgefahr liegt in der Einschränkung der Flotte, und darauf arbeiten wir hier und unsere Genossinnen in England hin. Und weiter wirken wir darauf hin, daß für den Fall des Ausbruchs eines Krieges das Seebeutrecht abgeschafft wird. In dieser Beziehung leitet nicht die deutsche Regierung Widerstand, sondern die englische, aber die englische Regierung beginnt diesen Widerstand nur noch als ein Kompensationsobjekt zu betrachten für die Einwilligung der deutschen Regierung zur Einschränkung der Küstungen und schon deshalb halten wir es für notwendig, immer wieder darauf zu drängen, daß Verhandlungen eingeleitet werden. (Zustimmung b. d. Soz.) Wenn der Staatssekretär hierzu beiträgt, wird er nicht bloß schon gerettet haben, sondern dann hat er etwas getan zur Verhinderung des Krieges. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) über die Frage der Zulage wird einer meiner Parteifreunde sprechen. Den Kapitulanten, sagt der Staatssekretär, kann die Zulage nicht genommen werden, den armen Dienstpflichtigen aber soll sie genommen werden, und ein offizielles

Burg Plümeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(66. Fortsetzung.)

Trotz dieser eindringlichen Rede verspürten Herr Sarraz und Herr von Plümeran keine Reue, den Wunsch des Onkels zu erfüllen. Ohne ihm Antwort zu stehen machten sie sich, so rasch es ihnen nur möglich war, von dannen. Als aber der Onkel inne wurde, daß man ihn im Stich lassen wollte, da erhob er ein Jägergeschrei, das nicht allein den Gefängniswärter und die nächtlichen Nachwächter aufweckte, sondern auch, was bei weitem bedenklicher war, drei Zollengendarmen, die gerade auf Wegelagerung ausreiten wollten, herbeirief. „Meine Herren“, rief der Onkel diesen zu, „nein, wahrhaftig, meine Herren, ich habe nicht Lust, hier allein sitzen zu bleiben. Ist das eine Manier, mit einem Kameraden umzugehen? Da laufen sie ohne mich hin. Ist das doch eine sündhafte Welt! Wenn Landsteute schon nicht mehr zusammenhalten, wer soll denn noch zusammenhalten? Habe ich recht, oder habe ich Unrecht?“

Die Zollengendarmen hatten sich längst zur Verfolgung aufgemacht, als die Rede des Onkels endete. Noch hatten der Herr von Plümeran und Herr Sarraz ihre in einem abgelegenen Stadtpark harrenden Rosse nicht erreicht, als auch ihre Nachfolger schon in allernächster Nähe waren. „Haltet an, oder ich schieße!“ schrie einer der Jäger, und als die Flüchtenden, des Rufes nicht achtend, sich in den Sattel schwingen und fortjähren, da tauchte eine Karabinerflut durch den Gassortum des neuen Apostels.

Die Chaussee entlang, dem Jägerturn vorbei, in die große Heide hinein, der mecklenburgischen Grenze zu, ging's im gestreckten Galopp. Alle nahen Holzrevier und Schmuggler, welche die wilde Jagd sahen oder hörten, beteten ein mehr oder minder verträpeltetes Vater unser, und glaubten von nun an noch fester an die heidnischen, als an die christlichen Wunder und Gespenstergeschichten. Die ganze mecklenburgische Rechtgläubigkeit wäre nicht ausreichend, um die fegerischen Jäger auszufüttern, welche dieser nächtliche Spektakel in einer kleinen Anzahl christlich-germanisch-mecklenburgisch-lutherischer Gläubigen auslöste.

Schon nahen sich die Flüchtlinge der Grenze.

Aber immer ängstlicher schob jetzt der dicke Gelbe des Burgherrn, und immer näher kamen die Verfolger. Man konnte bereits auf Sekunden berechnen, wann diese die Flüchtenden einholen würden. Das Herz der Jäger schlug freudig und hoffnungsvoll gegen die wattierte Uniform, das des Burgherrn und seines Begleiters war tief in die Hosen hinabgesunken. Da durchkreuzte das Gehirn des Junkers plötzlich eine feste Kriegskluft und sofort führte er sie aus. Bei einer Biegung des Weeges packte er seinen Begleiter am Kollagen und dem Weibchen gleichzeitig die Sporen gebend, daß er einen Satz zur Seite tat, rief er den armen Herrn Sarraz aus dem Sattel und warf ihn hinab auf die Straße. Dann jagte er eilig weiter, und da alle Gendarmen sich bei dem Fange des Millionärs eine Zeitlang aufhielten, so entkam er glücklich zum gelobten Lande seiner Väter.

Es war um die Mittagszeit, als Herr von Plümeran seinen Wohnsitz erreichte. Hier war ihm aber in den letzten Stunden ein solcher Verwurmsstrahl eingeschickt worden, daß der preußische Gefängnisstrafe dagegen milde und lieblich schmeckte. Da aber Unglück und Leiden die menschliche Seele bessern sollen, so ist es nur zu loben, wenn wir den edlen Ritter das herbe Getränk im nächsten Kapitel ausleeren lassen.

Siebentes Kapitel.

Um die Stunde, da Herr Sarraz an dem Gitter des Gefängnisses feilte, wurde die Lante durch ein lautes Jammern, welches aus Rosamundens Schlafzammer kam, erweckt. Sie setzte sich aufrecht im Bette und horchte eine geraume Zeit; da aber die Angstöne immer heftiger und häufiger wurden, so warf sie ein Nachtwand über, zündete ein Licht an und präparierte sich auf eine Hornrede, womit sie die Nichte, die sie in schweren Träumen besangen glaubte, zu erwecken gedachte. Aber es kam anders, als sie meinte; die Nichte war vollkommen wach.

„Lante, ich habe die Cholera, oder sonst etwas ganz Furchterliches!“ stöhnte Rosamunde.

„Zu viel gegessen hast Du!“ sagte das Klosterfräulein.

„Nein! nein! nein! ah! ah! oh!“ jammerte das Mädchen.

einen bedeutenden Eindruck. Lante Agate stürzte die anderen Schläfer des Herrenhauses wach, wärmte Kräuterlössen und braute Kamillentee, mühte sich vergeblich beim Instandsetzen einer Klitterprippe ab und ließ die alte Stina herbeiholen, da diese in dem Kufe stand, die „Revkoh“ und andere Unterleibsleiden fortstreichen zu können. Die Alte kam. Eine ängstliche Viertelstunde verstrich. Da plötzlich präsentierte die Streicherin dem Klosterfräulein ein niedliches, deides, aber splitternautes Knäblein.

„Gerechter Gott!“ rief die Lante, „was ist das? Ich glaube gar ein Kind! Ist die Erde aus ihren Angeln gewichen? Ein Fräulein unseres Hauses wird Mutter? Sündlich entartete Zeit! Wied herab künftiges Gericht, und wache uns von der Erde, du Blut Deukalions? Magst Du es noch zu leben, Du entehrtes Wesen? In der Eingeweiden des Weltalls würde ich mich verkrüppeln, wenn ich meine Ehre so verumfetzt hätte. Also das war der Frosch im Magen? Ich verdachtlos Unschuld! Eine Maria Magdalena hättest Du täuschen können, Du verumpfte Bosheit! Du gaulerische Libelle!“

„Gnädig Fräulein, kriegen Sie einige Kissen für's Kind und einige alte Leinwand zurecht“, sagte die alte Stina.

„Ich sollte mich mit dem Bastard befassen?“ erwiderte die Lante, „Gott behüte mich! Ich werde sofort nach Dobbterin abreisen. Meine Ehre fordert das.“

„Das arme Kind kann doch nichts dafür. Es ist ein niedlicher Junge“, meinte die Alte.

„Ein Bastard ist's und ich wollte, es wäre, wo der Pfeffer wächst!“ sagte das Fräulein und schritt hinaus, und eine Stunde später fuhr sie, entrüstet bis in das Mark ihrer Knochen, von dannen.

Die alte Stina wickelte den jungen Erben des hochadeligen Hauses in das zerrißene Halstuch einer alten Zageidnerwitwe und bereitete ihm dann ein Bett in einem großen Korbe. Auch für Rosamunde tat sie, was in ihren Kräften stand, und das war viel, wie überhaupt fast jeder Mensch viel helfen kann, wenn er nur ernstlich den Willen hat zu helfen.

(Fortsetzung folgt.)

Blatt, das in der einen Ausdrucksform „Lokal-
anzeiger“, in der anderen „Tag“ heißt, hat
sich die unethische Verdrehung geleistet, aber ich glaube,
dass selbst der rosende Gräber (Heiterkeit) und der noch
rosendere Dräcker (erneute Heiterkeit) es ablehnen, diese
Streichung angeregt zu haben. Reichshauptamt und Reichs-
marineamt möchten die Verantwortung von sich abwälzen
und leisten sich verschleierte offizielle Veröffentlichungen.
Ich habe das Reichsmarineamt stark im Verdacht, dass die
Sache von ihm ausgeht und finde es nicht schön, dass sich
Herr v. Tirpitz, der alte ehrliche Seemann (stürmische Heiter-
keit), so gar nicht über den Ursprung der Idee äußert.
Umso redlicher war er heute im Anführen von Gründen,
die für die Streichung der Zulage sprechen sollen. Auch
andere Kategorien sagt er, haben unangenehmen Dienst.
Das haben wir nie bestritten. Die Heizer, führte er weiter
aus, lernen bei der Marine soviel, dass sie eigentlich noch
etwas drauf zahlen müssten. (Große Heiterkeit.) In Kon-
sequenz dieser Ausführungen könnte man ja weiter folgern,
die Offiziere der Marine bis zum Admiral und zum
Staatssekretär herauf lernen dort soviel, dass
nachher, wenn sie früher oder später
der Zylinder auf sie herablenkt, (Große Heiterkeit.) der Zy-
linder nur hingehalten zu werden braucht, um von Ballin
mit Gold gefüllt zu werden, also brauchen sie eigentlich gar
kein Gehalt, sondern müssten noch eine Prämie an die Marine
draufzahlen. (Große Heiterkeit.) Gerade die Marineoffiziere
hätten alle Veranlassung, die Heizer nicht durch Er-
ziehung der Zulage vor den Kopf zu stoßen. Man wirt
um vor, dass wir die Mannschaften der Marine mit dem
Dienst unzufrieden machen. Ich, wir haben das garnicht
nötig, das beforgen schon andere Leute genügend. Ganz
sicher bedeutet die Entziehung der Zulage eine Schädigung
des Dienstes. Aber auch andere Vorgänge der allerjüngsten
Zeit müssen als solche Schädigungen des Dienstes aufgefasst
werden. So z. B. hat

Prinz Heinrich von Preußen,

der in einem seiner vielen Nebenämter (Heiterkeit und Ehr-
gut! bei den Soz.) auch Großadmiral ist, einen Besuch bei
einem holländischen Regiment, dessen Chef er ist, bezeugt,
um eine Wahlrede gegen die Sozialdemokratie zu halten. Es
scheint also, dass der Herr Großadmiral nicht genügend be-
schäftigt ist, und als eine Art

Strandläufer

so nennt man ja wohl die unbeschäftigten Flottenliebhaber
(Heiterkeit.) — über einen reichen Abfluss an freier Zeit
verfügt. Vielleicht sorgt der Herr Staatssekretär im Inter-
esse des Dienstes für ausgiebige Beschäftigung des Groß-
admirals. (Heiterkeit und Ehr gut! b. d. Soz. Unruhe rechts.)
Präsident Graf Schwerin-Löwig greift nach der
Glocke.) Denn im Interesse des Dienstes dürften solche

Wahlreden

gerade nicht liegen. Man verheie mich nicht falsch. Als
Sozialdemokrat habe ich garnichts dagegen, dass sich Prinz
Heinrich

gleich seinem älteren Bruder

(des Präsidenten Finger zucken wieder nach der Glocke) als
ausgewählter Agitor für die Sozialdemokratie bemüht.
(Lebh. Hst. und Ehr gut! b. d. Soz., Unruhe rechts.) Aber
als Steuerzahler erüchte ich den Staatssekretär solchen
Nebenbeschäftigungen der Marineoffiziere entgegenzutreten.
(Lebh. Hst. b. d. Soz.) Herr Gräberger hat eine Antone-
quenz darin gesehen, dass wir den gesamten Etat, also auch
den Marineetat ablehnen, aber Verbesserungen für einzelne
Kategorien zu erreichen suchen. Herr Gräberger sollte wissen,
dass oftmals Parteien ein Gesetz oder eine Vorlage grund-
sätzlich ablehnen und doch das Gesetz, das sie nicht hindern
können, nach Kräften zu verbessern trachten. (Lebh. Weif. b.
den Soz.)

Staatssekretär von Tirpitz: Ich protestiere ganz ent-
schieden gegen die Art, wie der Abg. Ledebour die An-
sprache des Prinzen Heinrich an seine Regimentskameraden
behandelt hat. (Lebh. Hst. rechts.) Prinz Heinrich hat
nichts gesagt, was er nicht sagen konnte. Der Abg. Ledebour
hat auch gar kein Recht, als Steuerzahler über den Prinzen
Heinrich zu sprechen. (Lebh. Oh! bei den Soz.) Denn
Prinz Heinrich empfängt weder Pension noch Gehalt von
der Marine. Auch ist die Darstellung, die Abg. Ledebour
gegeben hat, absolut unrichtig. Ferner fragte der Abg.
Ledebour, wer die Anregung zu der Streichung der Heizer-
zulagen gegeben hat. Die Frage ist bereits seit Jahren be-
sprochen und jetzt unter dem Druck der Verhältnisse zur
Zat geworden. Die erste Anregung habe natürlich ich
gegeben.

Hierauf wird ein Antrag auf Vertagung angenommen.
Abg. Ledebour (SD. zur persönlichen Bemerkung): Der
Minister hat mir den Vorwurf gemacht, dass ich die Rede
des Prinzen Heinrich hier erwähnt habe. Das verheie ich
nicht. Weiter sagt er, als Steuerzahler habe ich kein Recht
dazu, Prinz Heinrich bekomme ja gar kein Gehalt. (Heiterk.
b. d. Soz.) Ich habe in meiner Rede keinen Zweifel dar-
über gelassen, dass ich vor allen Dingen das böse Beispiel
bekämpfe habe. Was dem Prinzen Heinrich als Großadmiral
recht ist, ist nicht bloß jedem Prinzen, sondern auch jedem
anderen Herrn von Saund's billig. (Präsident Graf
Schwerin unterbrechend: Das ist nicht mehr persönlich.)
Ledebour (fortfahrend): Ich habe unter dem Ge-
sichtspunkt, dass ein solches böses Beispiel nachgemacht wer-
den für te, die Rede angezogen, und da haben die Steuer-
zahler allerdings ein Recht mitzusprechen. Aber selbst wenn
man sich auf den Standpunkt stellt, dass der hohe Herr
Präsident Graf Schwerin, unterbrechend: Sie haben
in einer persönlichen Bemerkung nur das Recht, etwas
richtigzusprechen.

Ledebour: Na, ich habe ja auch bewiesen, dass ich
vollkommen im Rechte war. (Hst. Hst.)

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Ver-
ratung.)

Schluss 6 1/2 Uhr.

Verammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 13. Februar 1911.

Der Vorsitzende Dimpker eröffnet die Sitzung um
6 Uhr 20 Minuten.

Der erste Punkt der Tagesordnung betr. den wieder-
holten Antrag des Senates betr. Revision
des Beamtenbesoldungsetats. Der Senat be-
trägt, dass die Besoldung a) der Hafenwehrgeschillen und
des Wasserpostgeschillen, b) der Handarbeits- und Linn-
lehrerinnen (Klasse G) und der Lehrer (Klasse CII) gemäß
der Vorlage des Senates vom 3. Dezember 1910 festgesetzt
werde.

Fehling begründet einen Antrag, der den Beschluss
der vorigen Bürgerschaftsversammlung anrecht erhalten will.
Vor acht Tagen hätte niemand erwartet, dass man sich heute
schon wieder mit der Materie beschäftigen müsste. In der
Sache habe ich seit vorigen Montag nichts geändert. Die
Bürgerschaftsmitglieder, die für die Vorlage gestimmt hätten,
würden wohl zu früher anderen Beschlüssen gekommen sein,
wenn die Angelegenheit des Senates etwas lahl sei. Der Senat
hat ohne jeglichen Anlass zu bringen einfach behauptet, er

finde seine Gehaltsfrage für angemessen. Wenn die beiden
koordinierten Staatsförder verschiedener Meinung sind,
dann müsste der Senat dem vorgeschlagenen höheren
Gehaltsfrage zustimmen. Die Äußerungen einiger Bürgerschafts-
mitglieder, um der Sache willen dem Senat zu folgen, sind
nicht richtig. Denn es handelt sich um mehr als nur eine
kaum beachtenswerte Differenz, wie behauptet wird. Die
Besoldungsreform ist keineswegs bei Ablehnung des Senats-
vorschlages unerledigt; die Erhöhung der Beamtengehälter
ist keine Sache des guten Willens, sondern der Pflicht, um
gute Beamte heranzuziehen. Die ganze Angelegenheit ist
im Interesse des Staatswohls gelegen. Können wir uns
nicht einigen, so ist die Entscheidungskommission in der Ver-
fassung vorgesehen; es braucht also zu keinem Konflikt
zwischen Senat und Bürgerschaft zu kommen. Die Furcht,
dass der Beamtenbesoldungsetat scheitern könne bei Ableh-
nung der Senatsvorlage, ist völlig unbegründet. In drei
Wochen würde das endgültige Resultat vorliegen, wenn das
verfassungsmäßige Mittel angewendet wird. Verabschieden
wir die Vorlage nach den Senatswünschen, handeln wir
einem großen Teil der Beamten gegenüber unrecht. Wir
haben ein großes Interesse daran, diesen Beamten gerecht
zu werden.

Senator Dr. Fehling polemisiert gegen den Vor-
redner, der bemängelt habe, dass der Senat, ohne das Steno-
gramm abzuwarten, erneut mit seinem Antrage gekommen
sei. Der Senat sei jedoch genau unterrichtet, der Vorwurf
des Vorredners treffe nicht zu. Der Senat habe sehr Unan-
nehmbar nach reiflicher Überlegung gesprochen; in formaler
und materieller Beziehung verharre der Senat bei seinem
Beschlusse. Die Bestimmung der Verfassung sei so einfach
nicht, wie der Vorredner behauptet; Bürgerschaft und Senat
müssten sich vollkommen klar sein, was zu geschehen habe.
Sollte der gestellte Antrag Annahme finden, müsste der
Senat erst prüfen, ob die Voraussetzungen für die Einsetzung
einer Entscheidungskommission gegeben wären und danach
sein Verhalten einrichten. Geben Sie den Widerspruch auf
und treten Sie den Senatsvorschlüssen bei.

Senator Dr. Stooss wendet sich ebenfalls gegen Fehling.
Der Senat sei einer großen Anzahl Beschlüssen der Bürger-
schaftsmitglieder und der Bürgerschaft beigetreten. Dadurch habe
der Senat aber noch lange nicht zugegeben, dass die Be-
schlüsse besser seien als die Vorschläge des Senats. Einmal
muss aber doch Schluss gemacht werden.

Vöhs stellt zu Klasse 4 einen Antrag, nach dem diese
Klasse in 15 Jahren das Höchstgehalt erreichen soll. Die
Lohnen sind wegen der Gehaltsfrage nicht an die Bürger-
schaftsmitglieder herangetragen; sie setzen das Vertrauen in
diese, dass ihnen Gerechtigkeit widerfahren werde; sie wollten
auch, wie sie mir erklärten, nicht unverschämte sein. Die
Lohnverhältnisse liegen bei uns anders als in Preußen.
Wir haben nur Seeloosen, während dort drei Klassen vor-
handen sind. Die Löhne sollten denen Preußens gleich ge-
stellt und ihnen acht Jahre Seefahrt angerechnet werden.
Redner kritisiert weiter die Heranziehung auswärtiger Voten,
wo doch genügend Meldungen aus Lübeck vorlägen.

Dr. Ziehl weist auf seine Äußerung in der
letzten Bürgerschaftsversammlung hin und wendet
sich gegen die ihm deshalb gemachten Vorwürfe. Heute stehe
er auf dem gleichen Standpunkt, einen Unfall, sehr er in
seiner Haltung nicht. Die Geschehnisse würden im all-
gemeinen heute faktisch hergeleitet, durch Annahme oder
Ablehnung würde kein Unheil geschehen, aber bei diesem
Gelegenheits sei es eine andere Sache. Der Senat habe in
sehr vielen Punkten nachgegeben. Würde der Senat der
Bürgerschaft beistimmen, wäre er nur noch der Handlanger
der Bürgerschaft. Jetzt lege es endlich an der Bürgerschaft,
dem Senat zu folgen. Ob die Bürgerschaft bei dieser Ge-
legenheit einer Entscheidungskommission zustimmen würde,
sei zweifelhaft, der Senat würde es gewiss nicht tun. Die Be-
amten müssten in diesem Falle noch recht lange auf die Gehalts-
erhöhung warten. Die Würde der Bürgerschaft wird durch
die Annahme des Senatsantrages nicht angetastet.

Stelling kann sich der Auffassung von Dr. Ziehl, die
Bürgerschaft würde sich nicht ergeben, wenn sie dem Senats-
antrage zustimme, nicht anschließen. Schon aus dem
Grunde nicht, weil ich der Meinung bin, dass sich die Bür-
gerschaft zusammenlegt aus Leuten, die wohlweislich erwä-
gen und prüfen, was sie beschließen. Die Bürgerschaft ist
doch nicht mit Kindern zu vergleichen, die heute so und mor-
gen so handeln. Ich habe mich gewundert, dass der Senat
in diesem Falle so schnell gearbeitet hat. Ich kann ihn nur
erklären, in der Folgezeit ebenso rasch zu handeln. Die
Schnelligkeit ist vollständig erklärlich, weil der Senat die Ver-
antwortung von sich abwälzen will, dass er es ist, der die
Schuld daran trägt, dass die Beamten ihre Gehaltserhöhung
nicht bekommen. Die Bürgerschaft muss an ihrem Beschluss
festhalten, es wäre ein bedauerlicher Unfall,
wenn sie anders beschließen würde. Es wurde hier behauptet,
das Staatswohl spiele bei dieser Frage eine Rolle. Das
Staatswohl soll also unter Umständen leiden, wenn die nach
anderer Auffassung berechtigten Wünsche der Lehrer, die
20000 Mk. Mehrausgaben erfordern, erfüllt werden. Wären
wir immer so penibel gewesen, dann wäre es für unser
Staatswohl von Vorteil. Bei vielen Senatsvorlagen ist
aber hiervon nichts zu verspüren. Es wurde
weiter gesagt, die Bürgerschaft solle Entgegen-
kommen zeigen. Dem Senat ist gerade genug Entgegen-
kommen gezeigt worden. Die Bürgerschaft hat erst kürzlich
durch den Antrag Fehling Entgegenkommen bewiesen. Wer
das Senatsdefret liest, findet, dass der Senat erklärt, er sei
nicht in der Lage, den Abänderungsbeschlüssen der Bürger-
schaft beizutreten. Anlässlich dieser Äußerung bekommt man
Lust, die Stellung des Senats in unserem Staatsvertrien unter
die Lupe zu nehmen. Der Senat und die Bürgerschaft sind
völlig gleichberechtigte Faktoren. Wenn die Vertreter des
Volkes mit Mehrheit etwas beschließen, sollte der Senat
nicht hinter das Staatswohl vertriehen, sondern auf Grund
einer der modernen Zeit Rechnung tragenden Verfassung
suchen, den Beschlüssen Rechnung zu tragen. Wenn ein
demokratisches Verfahren auch bei den Senatswahlen Platz
greifen würde, und nicht die siebenmal gestellten Bürger-
schaftsmitglieder sie vornehmen, dann würden derartige
Differenzen nicht vorhanden sein. Aber diese Senatswahl
wird eben vorgenommen durch die auf Grund eines Klassen-
wahlrechts zusammengesetzte Bürgerschaft. Ein Teil der Bür-
gerschaftsmitglieder trägt sich mit dem Gedanken: wir wollen
umfallen, mit schwerem Herzen stimmen wir dem Senats-
antrag zu. Richtig wäre es, die Bürgerschaft würde bei
ihrem Beschlusse verharren. Der Senat wird deswegen nicht
abdanken, dessen können sie sicher sein. In der vorgeschla-
gen Entscheidungskommission bekommen wir Sozialdemo-
kraten ja doch keine Vertretung; sie würde sozialdemem
bleiben. Ein sonderbarer Grund dafür, warum die Bürger-
schaft festbleiben müsste, wird im Organ der Fortschrittlichen
Volkspartei angeführt. Dort wird gesagt, die Bürgerschaft
müsse bedenken, dass wir vor der Reichstagswahl stehen und
angenehm dessen, mehr als der Staat, auf dem Spiel.
Dem Schreiber dieser Zeilen ist der Beamtenbesoldungsetat
also arbeitsmäßig. Nicht die Sache ist hier maßgebend, son-
dern rein politische Gründe. Es heißt dann in dem erwähn-
ten Organ weiter: für die Reichstagswahlen bedeute der
heutige Beschluss der Bürgerschaft dem oder Nicht-
sein des Senats. Der Schreiber hier gemüht hat,
was er schrieb, ist zweifelhaft. Herr Senator

Dr. Stooss hat nun gesagt, hier sei die Grenze, hier müsse
Schluss gemacht werden. Dasselbe kann man auch im
Senatsdefret zwischen den Zeilen lesen. Wir tun uns etwas
darauf zu gute, in einem demokratischen Staate zu leben.
Demokratie sollte bei uns Grundlag sein, ist es aber nicht;
sonst könnte der Senat der Bürgerschaft gegenüber nicht er-
klären, dass hier Schluss gemacht werde. Ich protestiere
gegen diese Äußerung. Durch solche Redewendungen dürfen
wir uns nicht einschüchtern lassen, sondern müssen uns so be-
nehmen wie es Männern geziemt und nicht wie Waschlappen.
Ich bitte den Senatsantrag abzulehnen.

Der Vorsitzende erklärt, wenn das Wort Wasch-
lappen sich auf die Bürgerschaftsmitglieder beziehen sollte,
müsse er den Redner zur Ordnung rufen.

Senator Dr. Fehling: Dem Senat ist nicht einge-
fallen, sich hinter Redewendungen vom Staatswohl zu ver-
kriechen. Das Wort Staatswohl ist hier am Senatsdefret
gar nicht gefallen, Phrasen hat der Senat in keinem Falle
gemacht.

Stellung nimmt die Ausführungen von Dr. Ziehl
bei und bittet, dem Antrage Fehlings nicht zu folgen. Eine
Entscheidungskommission würde die Sache nur verzögern,
und schließlich würde durch eine solche Kommission die
Senatsvorlage doch angenommen.

Schneider erklärt, dass er seinen Standpunkt ändern
und für den Senatsantrag stimmen werde. Für die 24jährige
Steigerung der Lehrer habe er nur gestimmt in der Erwä-
rung, dass sich dafür eine große Anzahl Bürgerschaftsmit-
glieder finden würde, um durch die überwältigende Mehrheit
den Senat von der Berechtigung zu überzeugen. Dies sei
nicht der Fall, ganze 6 Stimmen mehr habe der Antrag er-
halten. Den Beamten müsste endlich die Gehaltserhöhung
zuteil werden, sie könnten nicht mehr länger warten.

Dr. Wittern: Der Senat hat erklären lassen, der
Antrag Götz und Fehling sei unannehmbar, deshalb hat sich
eine Anzahl Bürgerschaftsmitglieder dazu entschlossen, den
Widerspruch aufzugeben. Ich halte es für selbstverständlich,
dass sich der Senat heute so verhält, wie er sich vor acht
Tagen verhalten hat. Der gesamten Beamenschaft würde
bei Ablehnung der Senatsvorlage ihre Zulage vorenthalten
werden, diese Verantwortung kann ich nicht übernehmen.
Dass die Forderungen der Lehrer nicht erfüllt werden, dafür
trägt der Senat die Verantwortung. Politische Gesicht-
punkte sprechen hier nicht mit.

Fehling: Mit den Ausführungen Stelling's bin ich
in keiner Weise einverstanden. Unsere Lehrer werden sich
wegen hundert Mark mehr oder weniger bei der Reichstags-
wahl nicht beeinflussen lassen.

Schlemann: Durch die Veränderungen, die die Bür-
gerschaft selbst vorgenommen hat zugunsten einiger Beamten-
klassen, ist das Verhältnis ein gewandteres geworden. Die
Bürgerschaft hat durch die Erhöhung der Lehrergehälter den
Etat gerechter gestaltet. Für uns können nur sachliche
Gründe maßgebend sein; die des Senats sind nicht sach-
haltig. Bei einem Gesamtetat von 18 Millionen kann eine
Summe von 20000 Mark nicht ausschlaggebend sein; das
„Unannehmbar“ des Senats ist also unberechtigt. Grundlag
darf nie werden, dass die Menge der Beamten für die Ge-
haltsbemessung maßgebend sein soll; maßgebend ist einzig
und allein die Leistung. Der Summe des Gehalts steht
auch eine gewaltige Arbeitsleistung gegenüber. Redner tritt
ferner für die Handarbeits- und Turnlehrerinnen ein. Die
Bürgerschaft ist dem Senat in der Fehlingsfrage außer-
ordentlich weit entgegengekommen, ich erinnere nur an die
Gewerbesteuer, gegen die doch eine große Strömung vor-
händen war.

Senator Dr. Fehling wendet sich gegen den Vorredner
und behauptet, dass der Senat aus sachlichen Gründen den
Vorschlägen nicht beistimmen könne, finanzielle Gründe spielen
natürlich auch mit.

Senator Dr. Stooss behauptet, dass nach Informa-
tionen aus anderen Städten der Beweis vorliege, dass die
Lübecker Lehrergehälter in keiner Weise zurückbländen.

Aug. Rabe wünscht kurzerhand Abstimmung. Eigen-
sinnig sei es keineswegs, wenn die Bürgerschaft an ihrem Be-
schlusse festhalte. Die Erhöhungen der Beamtengehälter
haben doch die Gewerbetreibenden zu bezahlen, die durch die
Gewerbesteuer belastet wurden. Man sollte für alle Beamten,
eintreten und nicht nur für sich, wie es wieder von einem Be-
amten geschehen sei. Das mache einen schlechten Eindruck
finanzielle Gründe spielen beim Senat doch hauptsächlich
deshalb mit, weil der Lehrer eben so viele sind. Es soll in
einigen Zweigen der Verwaltung ein Bureaucratismus und
Schematismus eingerissen sein, der über die Hutschnur geht.
Redner bittet die Bürgerschaft, sie möge an ihren Beschlüssen
festhalten.

Senator Dr. Fehling ersucht den Vorredner, die Be-
schwerden am richtigen Ort vorzubringen.

Schneider verteidigt nochmals seinen Unfall, und
bestreitet gegenüber Rabe, dass er nur für sich gesprochen
habe; er sei im Gegenteil für die Beamten eingetreten, die
ein niedrigeres Gehalt bezögen als er und für die die Ge-
haltsauszahlung dringend notwendig sei.

Stellung: Als ich von dem Unfall der Herren mit
dem schweren Herzen sprach, habe ich nicht gewußt, dass auch
Dr. Wittern zu dieser Gruppe gehörte. Herr Rechtsanwalt
Fehling hat wörtlich, Herr Dr. Wittern dem Sinne nach
ausgeführt, dass es eine ungeheuerliche Unterstellung sei, die
Lehrer würden bei der Reichstagswahl ihre Abstimmung
danach einrichten, wie sie in der Bürgerschaft beim Besol-
dungsetat behandelt würden. Von mir aus ist dieser Vor-
wurf nicht gemacht worden; ich habe nur die dahingehenden
Auslassungen des Lübecker Tageblatts zitiert. Meines
Wissens ist Herr Fehling Vorstandsmitglied oder doch Wenig-
stens Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei deren Organ
das „Tageblatt“ ist. In diesem sind derartige Unterstellun-
gen vorhanden. Die Vorwürfe treffen also jene Seite. Ob
Söhne meine Ausführungen gefallen oder nicht, läßt mich
kalt; wir bringen das vor, was wir sagen müssen; hinter
uns steht die überwiegende Mehrheit der Bürger, denen Sie
durch das Klassenwahlrecht das genommen haben, was recht
und billig ist.

In der Einzelberatung macht zu CS.

Senator Dr. Stooss ausführliche Bemerkungen in
betreff der Steigerungsverhältnisse der Lübecker Lehrergehäl-
ter und denen anderer Städte. Die Lübecker Lehrer nehmen
unter 18 Städten die zweite Stelle ein. Die Behauptung,
dass die Gehaltsregelung in Preußen noch nicht zum Ab-
schluss gekommen sei, also als Vergleich nicht herangezogen
werden könne, sei nicht zutreffend. Unsere Lehrergehälter
könnten sich neben denen anderer Städte getrost sehen
lassen.

Rosenau nimmt nach den Ausführungen des Se-
natskommissars gegen den Senatsantrag. In Lübeck sei die
Lebenshaltung teurer als in den vom Senat genannten
Städten.

Hauptlehrer Reimpel bemängelt an den Ausfüh-
rungen des Senators Dr. Stooss die Einschätzung des Woh-
nungsgeldes und der Ortszulagen. Die verschiedene Be-
messung resultiere aus der Verfestung der Lehrer in andere
Gehaltsklassen. Redner stellt die verschiedenen Städte in
Vergleich und sucht dadurch die Senatsausführungen zu ent-
kräften. Lübeck sei durch seine Lage und als Staat ver-
pflichtet, im Verhältnis zu Preußen noch ein Überges zu tun;
es hätte sich mehr an Hamburg anlehnen können. Der An-

trag Fehling-Börs sollte angenommen werden. Die preukischen Städte können die Gehälter bis auf 4760 Mk. erhöhen. In einigen Jahren würde Lübeck hinter den anderen Städten nachhinken. Wir würden uns weit lieber mit den Aufgabern unseres Berufes beschäftigen, als ewig mit den Gehaltsfragen.

Senator Dr. Stoffs verteidigt nochmals seine vorher gemachten Ausführungen, die rein objektiv gewesen und nicht besonders zurecht gemacht worden seien.

Fehling: Die Zahlen, die der Herr Senator gegeben, interessieren uns nicht, sie müssten wenigstens den Bürgerchaftsmitgliedern zugehen.

Senator Dr. Stoffs: Der Senat war schon vorher von seinem Recht überzeugt, er konnte es nur nicht zahlenmäßig beweisen.

Brosch (Harmsdorf) befreit, daß Lübeck ein teures Pflaster sei. Ein allgemeiner Vergleich mit andern Städten könne man nicht machen. Die landwirtschaftlichen Produkte würden hier schlechter bezahlt als anderwärts.

Aug. Wape: Der große Vorzug unserer Schweinemastanstalt ist nach den Ausführungen des Vorredners, daß wir billigere Schweine haben als anderswo. Im übrigen unterstreiche ich das vorher Gesagte. Wenn dem Senat wichtiges Zahlenmaterial zugegangen ist, muß es auch den Bürgerchaftsmitgliedern zugänglich gemacht werden.

Schenburg unterstützt das vom Senat gegebene Zahlenmaterial.

Rosenquist behauptet, daß die Löhne in Preußen niedriger seien.

Hauptlehrer Reimpell: Wir haben nur solche Städte herangezogen, die der gleichen Gehaltsklasse angehören. Herr Brosch hat früher gesagt, in Preußen habe man den Lehrern wieder mit der einen Hand genommen, was man ihnen mit der andern gegeben habe; das entspricht keineswegs den Tatsachen. Lübeck sei, darin stimme er Herrn Rosenquist bei, ein teures Pflaster.

Aber den Antrag Fehling-Börs ist namentlich die Abt. in u. n. g. beantragt. Er wird mit 58 Stimmen abgelehnt, 40 Stimmen waren dafür.

Der Senatsantrag C 9 wird mit großer Mehrheit angenommen.

Zu C 1 erklärt

Klein, warum er für die Gehaltserhöhung der Handarbeits- und Turnlehrerinnen eingetreten sei. Die Bürgerchaft habe seinem Antrag mit großer Mehrheit zugestimmt. Der Senat wäre zu einem andern Beschluß gekommen, wenn seine Gründe dem Senate im Wortlaut vorgelegen hätten, daran lasse sich jetzt allerdings nichts mehr ändern. Der Senat habe seinem Antrage kein Unannehmbar entgegen geworfen, deshalb werde wohl die Bürgerchaft seinem Antrag zustimmen.

Senator Dr. Fehling: Dem Senat müsse Berechtigung widerfahren; er habe nur deshalb so schnell gehandelt, weil die Gehaltsreform so schnell als möglich erledigt werden sollte.

Senator Dr. Stoffs hebt hervor, daß die Gehaltsregelung nicht nur für die Lehrer und Lehrerinnen, die heute angeheilt seien, sondern für alle Beamten gelten müsse und auch für die zukünftig anzustellenden Lehrkräfte, für die älteren Handarbeits- und Turnlehrerinnen werde der Senat besonders eintreten.

Hauptlehrer Reimpell: Wir müssen doch vor allem für die Beamten eintreten, die dem Staat schon lange gedient haben.

Senator Dr. Stoffs antwortet hierauf; ist aber nicht verständlich.

Klein hebt hervor, daß es unmöglich sei, daß eine Dame mit 600 Mk. auskommen könne. Den sachlich einwandfreien Gründen, die er in der letzten Bürgerchaftsversammlung vortrug, könne sich kein Mitglied entziehen.

Der Antrag Fehling wird abgelehnt, der Senatsantrag angenommen.

Zu Klasse A 6 (Hafenmeistergehilfen und Wasserschougehilfen) liegt ein Antrag Fehling vor.

Schenburg tritt für den Antrag und gegen seinen eigenen in voriger Sitzung gestellten, stellt aber ein Gesuchen an den Senat, durch eine bessere Festsetzung des Besoldungsdiensalters den Beamten zu helfen.

Lippert: Ein Unterschied zwischen dem Ersuchen und dem Beschluß der Bürgerchaft besteht nicht; richtiger ist aber, den Antrag, den Herr Schenburg früher gestellt hat, wieder aufzunehmen. Redner stellt sodann erneut den Antrag.

Senator Evers tritt für das Ersuchen ein und polemisiert gegen den Antrag Lippert.

Dr. E. Weger wünscht ebenfalls die Unterstützung des Schenburgschen Ersuchens. Das ganze Senatsdekret erkenne er dankbar an, es zeuge von der prompten Arbeit des Senates.

Senator Dr. Fehling gibt seiner Freude Ausdruck, daß die Senatsfähigkeit aus der Mitte der Bürgerchaft anerkannt werde.

Fehling zieht seinen Antrag zurück, obgleich er nicht annimmt, daß wegen dieses Antrages der Beamtenbesoldungsstaat scheitern würde.

Dr. Wittern: Die dispositionäre Befugnis, die die Bürgerchaft dem Senat zuerkennt, kann später weitere Folgen zeitigen. Es handelt sich hier nur noch um ein kleines, deshalb ist es besser, dem Antrage Lippert zuzustimmen.

Senator Dr. Stoffs äußert große Bedenken gegen die Annahme des Antrages Lippert. Einem einzelnen Beamten könne man wohl ein größeres Gehalt gewähren, nicht aber einer größeren Anzahl. Durch die Annahme des Antrages würden wieder zwei Klassen geschaffen.

Schenburg betont, daß sein Ersuchen kein bloßes Stück Papier bedeuten solle, sondern er hoffe, daß der Senat dem entsprechen werde.

Lippert zieht seinen Antrag zurück.

Aug. Wape: Nachdem ein Beamter dem Senat die Anerkennung ausgesprochen hat, muß ich denn doch bedauern, daß den Anträgen der Bürgerchaft vom Senate nicht entsprochen wurde.

Dr. E. Weger meldet sich zum Wort, verzichtet dann aber als unabhängiger Richter, auf die Äußerung Wapes einzugehen.

Der Senatsantrag wird angenommen, ebenfalls das Ersuchen Schenburgs.

Zu Punkt 4. stellt

Börs einen Antrag und begründet diesen. Klein bittet, den Antrag Börs anzunehmen, damit die Bürgerchaft heute wenigstens einen Antrag durchbringe.

Der Antrag Börs wird abgelehnt, der Senatsantrag angenommen.

Der gesamte Beamtenbesoldungsstaat mit den abgeänderten Beschläffen wird hierauf angenommen.

Der zweite Senatsantrag betrifft den Verkauf eines an der Straße bei der Bohmühle gelegenen Areal an W. Torfuhl.

Börs geht auf die Vorgeschichte des Antrages ein und behauptet, daß die Sachverständigen, die in der Behörde sitzen, nicht immer die besten seien; es könnte sich jeder ein-

mal verhalten. Ihm sei vorgeworfen worden, er habe wegen einer kleinen Differenz von einigen hundert Mark sich aufgeregt. Diese Differenz sei aber heute schon auf 7000 Mk. angewachsen. Die Herren, die so vorschnell urteilten, sollten erst die Kommissionsberichte abwarten. In den letzten Jahrzehnten ist kein Käufer von den Straßenaufkosten verschont geblieben, hier soll eine Ausnahme gemacht werden. Und heute sind die Kosten für die Straßenherstellung doch noch bedeutend gestiegen. Einen einzelnen Käufer können wir von der Abgabe doch nicht befreien. Redner stellt den Antrag, einige Absätze im Vertrage mit Torfuhl zu streichen.

Senator Rabe geht auf die Verhandlungen mit Torfuhl ein, der nicht die Absicht gehabt habe, das Terrain zu Bauzwecken zu verwenden. Es sei richtig, daß bisher kein Terrain ohne Straßenaufgabe verkauft sei; dann sei aber auch der Preis entsprechend gewesen. Ob ein Preis die Straßenaufkosten in sich schließe oder nicht, sei gleich, es komme nur auf den Preis, der für das Grundstück bezahlt werde, überhaupt an. Die Tendenz des Verkaufes war, Großbetriebe, die ein entsprechendes Terrain benötigen, entgegenzukommen.

H. Thiel hält den Preis für zu hoch, die Art des Zustandekommens des Preises sei bedenklich; das Finanzdepartement könne dadurch verleitet werden, ein Präjudiz zu schaffen. Der Bericht des Finanzdepartements, den dieses im Oktober an den Senat gerichtet habe, sei ganz richtig gewesen, auch die Festsetzung des Preises sei gerecht gewesen. Für private Grundstücke sei es eher möglich, einen exakten Wert festzustellen; für industrielle oder großgewerbliche Unternehmungen den Wert gerecht festzusetzen, sei eine ungemene schwere Aufgabe. Der Staat müsse bei einem solchen Verkauf einen ganz andern Maßstab anlegen. Als benachbarter Privatmann eines Großbetriebes könne man den Preis so hoch wie möglich schrauben, diesen Grundlag dürfe aber das Finanzdepartement sich nicht zu eigen machen. Das Finanzdepartement zieht erfreulicherweise nicht nur den Kaufschilling in Betracht, sondern hat in Erwägung gezogen, welchen Nutzen das Großunternehmen dem Staate bietet. Wenn man bei neu zuziehenden Gewerben Ausnahmen macht, muß den Altangehörigen erst recht Entgegenkommen gezeigt werden. Neue Unternehmungen, die sich vergrößern wollen, werden durch derartige Manipulationen abgeschreckt. Der Käufer lebte unter dem Druck der Kommissionsverhandlungen in einer Notlage, er kann sich auf andere Weise nicht ausdehnen und muß das Grundstück erwerben, will er sich für spätere Zeit schützen. Ich spreche keinesfalls für eigene Hand, denn in diese Lage kann ich nicht kommen, ich will nur die Bitte an den Senat und an das Finanzdepartement richten, diesen Fall nicht als Muster zu nehmen, sondern dem bewährten Prinzip treu zu bleiben und die Industrie zu schützen.

Stoffs: Wir sind grundsätzliche Gegner des Verkaufes von Staatsländereien; aber selbst wenn wir Freunde davon wären, könnten wir einem solchen Vertrage, wie er uns vorliegt, nicht zustimmen. Die Kommission hat ganz richtig angeführt, daß der Kaufpreis vermindert werden soll. Bei einem Kaufpreis von 15 Mk. pro Quadratmeter verzinst sich das Kapital mit 1088 40 Pfd., das sind noch nicht einmal 2 1/2 Prozent, dazu kommt noch die weitere Vergünstigung für den Käufer, daß er von den Straßenaufkosten verschont bleibt. Bei einem Preise von 60 Mk. für das laufende Meter macht das weitere 7200 Mk. aus. So kommt es schließlich darauf hinaus, daß der Käufer während der ersten 7 Jahre überhaupt keine Zinsen zu bezahlen braucht. Torfuhl behauptet allerdings, er brauche das Gelände zur Vergrößerung seines Betriebes; er wird es jedoch wohl zu Bauzwecken benutzen wollen. Will er als Privatmann Staatsländereien zu Gärten verwenden, wie er angibt, soll er auch den entsprechenden Preis dafür bezahlen. Aus diesem Grunde muß der Senatsantrag abgelehnt werden. Wir haben keine Garantie, daß, wenn die Straße aufgeführt wird, Torfuhl die Staatsländereien zu geschäftlichen Zwecken benutzt wie wir im Rückblick gesehen haben. Ich ersuche deshalb nochmals um Ablehnung des Senatsantrages.

Senator Rabe befreit, daß die Straßenaufgabe erlassen wird. Baupläge gedenkt Herr Torfuhl keineswegs aus dem Terrain zu machen. Die gemachten Einwendungen treffen den Kern der Sache nicht.

Stoffs tritt den Thielischen Ausführungen vollständig bei. Kein anderer würde diesen Preis bezahlen. Die Baupläge sind in Lübeck überhaupt viel zu teuer. In der Bürgerchaft sollte man nicht fiskalischer sein als der Fiskus selbst.

Dr. Wittern: Bei den Zimmermeistern scheint dieselbe Erscheinung einzutreten, wie angeblich bei den Juristen: wenn zwei beisammen sind, sind drei Meinungen vorhanden. Denn sonst wäre doch nicht der Gegensatz zwischen Börs und Stoffs heute so zutage getreten. Letzterer ist allerdings Mitglied des Finanzdepartements und seine Stellung daraus erklärlich. Alles das, was Herr Thiel über die Industrie gesagt hat, unterstreiche ich; ich habe von jeder den Standpunkt vertreten, daß der Industrie Entgegenkommen gezeigt werden müsse. Bei dieser Vorlage trifft dies aber nicht zu. Die Bestimmung, wenn Herr Torfuhl vor 1921 Land verkauft, er 6 Mk. pro Quadratmeter nachzuschlagen hat, ist überflüssig. Der Torfuhl zahlt ja überhaupt nur die Zinsen für das Kapital. Herr Torfuhl kauft um 23.000 Mk. billiger, als das Land tatsächlich wert ist. Wenn wir trotzdem Herrn Torfuhl das Terrain überlassen, kann doch nicht gesagt werden, wir arbeiten der Industrie entgegen. Die neuen Ortschaften entstehen außerhalb des Lübeckischen Gebietes und wir haben das Nachsehen. Durch die fiskalische Politik des Senates wird den Bauern das Eigentum, welches sie seit 100 Jahren besitzen, freitig gemacht und diesen jeder Kredit entzogen. Das muß auch einmal ausgesprochen werden. Herr Torfuhl stand wohl unter einem Druck, aber nicht unter dem der Kommission, denn er bot bei sofortiger Zahlung 12 Mk. pro Quadratmeter. Wo die Hypothek eingetragen wird, ist nirgends festgelegt. Da ist es doch nicht so dumme, wenn sie auf das Gelände gelegt wird. Hier hat das Finanzdepartement nicht recht gehandelt. Herr Thiel braucht nicht zu befürchten, daß die Industrie durch diese Vorlage geschädigt wird. Die Bürgerchaft soll aber jeden Bürger gleich behandeln.

Senator Dr. Fehling: Die Bodenpolitik des Senates ist nicht im mindesten verkehrt gewesen, wie Herr Dr. Wittern behauptet; die Verhältnisse lagen früher wesentlich schwieriger.

Senator Rabe wendet sich gleichfalls gegen Dr. Wittern, dessen Ausführungen er zum Teil als aus der Luft gegriffen bezeichnet. Fiskalisch ist das Finanzdepartement nicht aufgetreten, diesen Grundlag hat die Kommission verfolgt.

Heinsohn findet den § 2 nicht klar gefaßt und wünscht nähere Auskunft. Herr Thiel hat Industrie und Handwerk verwechselt. Ich habe früher darauf hingewiesen, daß die größeren Handwerksbetriebe den industriellen Unternehmungen gleichgestellt werden möchten. Dem wurde aber vom Senat widersprochen. Herr Torfuhl hat aber doch kein industrielles Unternehmen, sondern einen Handwerksbetrieb.

Senator Rabe: Herr Torfuhl ist kein gewöhnlicher Bauunternehmer; sein großer Betrieb erfordert eine besondere Berücksichtigung. Herrn Torfuhl soll auch gestattet werden, einige Häuser auf dem Plage zu erbauen, aber verkaufen darf er sie nicht.

Sten der findet die Ausführungen Thiels nicht aus Mache. Wenn man Terrain billig hergeben will, muß man es an solche Leute verkaufen, die den Lübecker Markt bereichern. Der Kaufvertrag, wie er vom Senat vorgelegt ist, ist unannehmbar. Ein reiner Kaufpreis müßte festgelegt werden, denn so unannehmlich ist das Bauterrain nicht, wie gesagt wird. Ich behaupte sogar, daß es sehr günstig liegt. Der Grund ist eben der: ein schönes Gehäus ist gebaut und dieses soll einen Garten haben.

Senator Rabe befreit den letzten Satz des Vorredners. Der Kaufabschluß hätte schon früher gemacht werden sollen, er wurde nur durch die Verhandlungen wegen des Schließplatzes verzögert. Das Bauamt hat festgestellt, daß zur Aufhebung des Geländes 8000 Kubikmeter nötig wären; die Kosten für Herrn Torfuhl wären deshalb keine unerheblichen.

Stoffs vergleicht den Zustand des Lohmühlenweges mit dem des Töpferweges, für den der Senat auch kein Interesse zeige, trotzdem der St. Lorenz-Berein seit zehn Jahren um Verbesserung interpelliere. Die Kaufmannschaft habe von dem jetzigen Zustande des Lohmühlenweges keinen Vorteil.

Börs will die Heranziehung Torfuhls zur Straßenaufgabe, weil die Herstellung der Straßen immer teurer wird. Was denn eigentlich an dem Terrain aufgefällt werden sollte, ist ihm unverständlich. In der Kommission ist uns doch die Mitteilung gemacht worden, daß Herr Torfuhl den Wag hauptsächlich als Gartenland benutzen wolle. In baugewerblichen Kreisen war man entrüstet, daß einem einzigen Manne solch vorteilhaftes Angebot gemacht wurde. Herr Torfuhl soll den richtigen Preis bezahlen und zu den Straßenaufgaben beitragen.

Senator Rabe widerspricht dem Vorredner; ist aber größtenteils unverständlich. Ein Bauplag sei das Terrain nicht.

Stoffs: Aus der Debatte haben wir doch gelernt, daß das Finanzdepartement recht hatte, als es vor einigen Jahren vorschlug, die Debatten über den Verkauf von Staatsländereien sollten nicht in die Öffentlichkeit kommen. Das Terrain ist, wenn der Lohmühlenweg nicht aufgeführt wird, für keinen Mann außer Torfuhl brauchbar. Torfuhl zahlt nicht 15 Mk., sondern bei richtiger Rechnung 18 1/2 Mk. pro Quadratmeter. Der Antrag sollte angenommen werden, weil das Finanzdepartement einen außerordentlich guten Verkauf macht.

Schenburg wendet sich gegen Stoffs und stimmt den Ausführungen Thiels zu. Wenn ein anderer als gerade Torfuhl das Gelände kaufen würde, hätte man nicht das Aufsehen gemacht.

Stoffs: Seit Dezennien hatten wir keinen Kommissionsbericht wie diesen gehabt, der kein objektives Bild gibt. (Dr. Wittern ruft: Unerschäm! Er wird zur Ordnung gerufen.) Wenn das Finanzdepartement nichts taugt noch Ihrer Meinung, so wählen Sie doch andere Leute, die für die Zukunft sorgen. Herr Dr. Wittern hat ja einen weiteren Blick als wir. Im übrigen handelt es sich hier um nichts anderes als um eine Antipathie gegen den Käufer. Wir müßten uns freuen, wenn wir für freies Terrain Käufer finden. Das Terrain ist für einen Garten äußerst ungenügend gelegen. Der Antrag muß objektiv beurteilt und alles Persönliche ausgeschaltet werden. Selbst wenn Herr Dr. Wittern an die Spitze des Finanzdepartements gestellt würde, konnte er nichts anderes tun, als für die Finanzen des Staates zu sorgen.

Es wird Schluß der Beratung beantragt und angenommen.

In der Einzelberatung stellen Börs bei Antrag 2 und Bahn Abänderungsanträge.

Dr. Wittern bittet an den Absätzen nichts zu ändern. Die Bestimmung, daß 6 Mk. unter Umständen nachgezahlt werden sollen, sei nicht ernst gemeint. Als ich die Bestimmung las, hatte ich die Anschauung, als ob mir Sand in die Augen getrieben würde.

Senator Rabe begreift Dr. Wittern nicht, wenn er behauptet, die Sache sei nicht ernst gemeint. Die 6 Mk. bei einem Rebau seien nicht von Herrn Torfuhl angeboten, sondern auf seine Anträge in den Vertrag aufgenommen.

Börs zieht seinen Antrag zurück, desgleichen Stoffs.

Den § 3 (Befreiung von der Straßenaufgabe) will Börs getrichen wissen.

Dr. Wittern befreit, daß eine Antipathie gegen Torfuhl vorliege, und vermahnt sich ganz entschieden dagegen, weil der Wortführer diesen Vorwurf, der ihm und der Kommission gemacht wurde, nicht gerügt hat.

Der Wortführer verbittet sich eine Kritik seines Handelns und ruft den Redner zur Ordnung.

Dr. Wittern: Der Wortführer hat diesen Vorwurf, den Herr Jenne mir machte, durch die Unterlassung einer Rüge unterläßt. Ich bedaure, daß einem Mitgliede der Bürgerchaft hier ein solcher Vorwurf ungerügt gemacht werden kann. Herr Jenne hat Mitgliedern, die den Bericht nicht gelesen haben, eine falsche Auffassung beibringen wollen. Wir haben in der Kommission durchaus objektiv gehandelt. Wenn Herr Stoffs behauptet, das Finanzdepartement solle nur allein verkaufen und die Bürgerchaft soll nichts dazu zu sagen haben, so ist er im Unrecht. Das beweist ja auch der Kauf der Straßenbahn, bei dem der Staat mindestens 1 1/2 Millionen zu viel bezahlt habe.

Buchwald bedauert den Ausfall Dr. Witterns gegen den Wortführer und nimmt Herrn Jenne ebenfalls in Schutz. Einen solchen subjektiven Bericht wie den dieser Kommission habe ich noch nicht gelesen. Herr Dr. Wittern mag wohl etwas anderes gemeint haben, aber ein Jurist kann gar nicht objektiv sein. Herr Dr. Wittern hat eben auch eine Herrschernatur in sich.

Börs weist die Äußerung Jennes zurück. Gehässigkeit gegen Torfuhl spielt in keinem Falle mit.

Heinsohn: Das Finanzdepartement muß man sehr hart anfaßen, es ist gewissermaßen unfehlbar. Das Finanzdepartement weiß alles besser. Ich freue mich, daß der Verkauf der Industrielandereien einer Kommission unterworfen ist und die Bürgerchaft sich nicht damit zu befassen braucht. Es ist am besten, wenn man den Samen hat.

Dr. Wittern: Durch die Ausführungen Buchwalds verwirren sich die Begriffe. Nennen Sie mir nur einen einzigen Satz, der subjektive Vorwürfe enthält.

§ 3 wird nach der Senatsvorlage angenommen.

Der ganze Senatsantrag wird hierauf angenommen.

Schluß 412 Uhr.

Aus der Partei.

Ein verbotener „Anfang“. Unsere Spandauer Parteigenossen gingen von ihrem Parteilokal aus zum Bahnhof, um an der Totenfeier für Paul Singer teilzunehmen. Fünf Genossen schritten mit Kränzen voraus. Die Polizei hat darin einen Aufzug gesehen, der nach dem Reichsvereinsgesetz genehmigungspflichtig war. Deshalb haben die Verantw. Strafmandate erhalten, gegen die gerichtliche Entscheidung beantragt wird.

Wahlrechtszeitung. Am 19. März findet, wie bereits bekanntgegeben, der Frauentag statt. Aus diesem Anlaß wird eine illustrierte Wahlrechtszeitung erscheinen, die einen Massenabzug finden soll. Um einen rechtzeitigen Versand der Wahlrechtszeitung zu ermöglichen, müssen die Organisationen

die gewünschte Anzahl von Exemplaren bald beim Verlage Paul Singer in Stuttgart, Furtbachstraße 12, bestellen. Die Wochenschrift wird 16 Seiten stark sein und für 10 Pfg. verkauft werden. Sie wird Beiträge der Gelehrten Hebel, Legien und einer Reihe Genossinnen des In- und Auslandes bringen.

Soziales.

Die Folgen des Einfuhrsperrens. Der Wert der deutschen Getreide- und Viehlausfuhr hat im Jahre 1910 die außergewöhnliche Höhe von 912 Millionen Mark erreicht gegen 250 Millionen Mark im Jahre 1909. Dagegen ist die Einfuhr von Getreide und Mehl nach Deutschland von 868 Millionen Mark im Jahre 1909 auf 778 Millionen Mark im Jahre 1910 zurückgegangen. Die Ausfuhrvergütungen für Getreide und Mehl haben im verfloffenen Jahre den Betrag von 122,4 Millionen Mark erreicht gegen 92,9 Millionen Mark im Jahre 1909 und 88,5 Millionen Mark im Jahre 1905. D. h. es wurden im Jahre 1910 für 122,4 Millionen Mark Einfuhrsperre bei Zollabgaben angerechnet. Im Roggen sind im letzten Jahre ins Ausland gegangen 825 169 Tonnen, an Weizen 281 307 Tonnen, außerdem 166 892 Tonnen Roggenmehl und 190 400 Tonnen Weizenmehl. Dazu kommen noch 457 721 Tonnen Hafer und ungefähr 90 000 Tonnen Haferstroh, Getreidestroh und andere Mühlenfabrikate. Der deutsche Konsument muß den hohen Zoll resp. den durch diesen bewirkten höheren Preis bezahlen und die Zollentnahmen dienen dazu, dem Auslande billiges Getreide zuzuführen. Nationale Wirtschaftspolitik.

Aus Nah und Fern.

Eine aufregende Szene spielte sich am Sonntag in Berlin in der Saarbrückerstraße ab. Aus unbekannter Ursache stürzte sich eine 40jährige Schneiderin aus dem Fenster ihrer Wohnung auf den Hof, wo sie mit zerschmettertem Schädel liegen blieb.

Familien drama. In Geyersdorf bei Mährisch-Schönberg erschoss der Bahnbearbeiter Urban seine ihm erst kürzlich angetraute Frau, schlug sie dann den Unterleib auf und erschoss sich schließlich.

Von Kniefumpanten erschlagen. Nach einer Kneiperei kam es in Kabrze zwischen Beteiligten zu einer furchtbaren Schlägerei, wobei ein Arbeiter so entsetzlich mißhandelt wurde, daß er kurz darauf starb. Das Gesicht des Toten war bis zur Unkenntlichkeit zerfleischt. Der Täter ist verhaftet.

Die Familientragödie in Bochum. bei der, wie erinnert, fünf Personen, der Stukkateur Breitenbach und seine vier Kinder den Tod gefunden haben, während die Frau Breitenbachs mit schweren Schlag- und Stimmwunden ins

Krankenhaus gebracht werden mußte, nimmt nach Ansicht der Polizei eine sensationelle Wendung. Dem Berliner Tageblatt wird darüber berichtet: Breitenbach soll mit seinen Kindern einem verbrecherischen Anschlag zum Opfer gefallen sein. Man spricht von verschiedenen Verhaftungen, die inzwischen vorgenommen wurden. U. a. soll ein nach Bekanntwerden der Tat verschwundener früherer Liebhaber der Frau Breitenbach in Belgien verhaftet worden sein. Man spricht auch davon, daß an der Leiche des Breitenbach sich Stichwunden vorgefunden hätten, die den Verdacht einer Beteiligung dritter Personen an dem Morde vermuten ließen.

Prostitution als Grundlage der Majoratsbildung. Im „Ostdeutschen Landwirt“ vom 4. Februar findet sich folgendes Inserat:

Rittergutsbesizers-Sohn, Oberleutnant d. R., wird demnächst Rittmeister, bekannt mit den ersten Familien Pommerens, sucht sich mit reicher Tante, nicht unter 1 Million Mark Vermögen, zu verheiraten. Dame kann auch jüdischer Konfession und alt sein. Mit körperl. Fehler behaftet, ist kein Kinderwunsch. Eingetragenes Vermögen, wenn groß genug, soll zur Gründung eines Majorats Verwendung finden. Strengste Diskretion wird zugesichert und verlangt. Offerten sind unter „Recell“ T. 7 an die Exped. d. Bl. zu richten. Ein feiner Lumpenkerl, dieser Oberleutnant und zukünftige Rittmeister!

Unter den Rädern der Straßenbahn getötet. In der Hauptwachestraße in Bamberg wurde die 24jährige Bauerstraße Vötter von einem Straßenbahnwagen überfahren und getötet.

Eine Skandalaffäre. In Pola erregt eine Skandalaffäre großes Aufsehen. Unter dem Verdacht der Engelmacherei wurden eine Hebamme und neun kompromittierte Personen verhaftet.

Leiden eines Leuchtturmwärters. Fischer im Skagerak erblickte dieser Tage auf dem Gipsnatter Leuchtturm eine Notflamme aufgezogen, und es gelang ihnen trotz der hochgehenden See, sich dem einsamen Bau im Meere bis auf Ruine zu nähern, worauf ihnen der Gehilfe des Feuerwärters durch das Sprachrohr mitteilte, daß er dem Verhungern nahe sei und um Hilfe bat. Wie er dänischen Blättern zufolge weiter erzählte, hatte sich der Feuerwärter zwei Wochen zuvor dienstlich im Boote an Land begeben, infolge inzwischen eingetretenen schweren Wetters aber nicht wieder durch die Brandung zum Leuchtturm zurückkehren können. Dem allein zurückgebliebenen Gehilfen waren inzwischen die Lebensmittel völlig ausgegangen, und als die Fischer das Notsignal bemerkten, war er bereits seit 48 Stunden ohne jede Nahrung. Die Fischer fuhren deshalb nach dem nächsten Hafen, um Hilfe zu holen, und am folgenden Tage gingen von dort mehrere Schiffe ab, um den Leuchtturm mit neuem Proviant zu versehen. Doch noch immer ging die

See so hoch, daß sie nicht an den Turm selbst herankommen konnten. Vermittelt einer von oben ins Meer geworfenen Leine wurden dem Notleidenden aber doch Lebensmittel zugeführt, sodaß er wenigstens vor dem Hungertode geschützt ist, bis der Eintritt besseren Wetters seine Ablösung ermöglicht.

Brand eines Warenhauses. Am Sonnabendabend geriet, wie aus New York gemeldet wird, ein Kaufhaus in Brooklyn in Brand. Tausende von Frauen und die Verkäuferinnen stürzten in wilder Hast über die schmalen Treppen hinunter und rollten, zu Knäueln geballt, auf die Straße. Ob Verluste an Menschenleben zu beklagen sind, ist noch nicht festgestellt.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Im Verlag von J. F. W. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Die Bakterien.** Eine Einführung in das Reich der Mikroorganismen. Von Dr. Adolf Reib. Zehntes Bändchen der Kleinen Bibliothek. Mit Abbildungen. Preis broschiert 75 Pfg., gebunden 1 Mk. (Vereinsausgabe 50 Pfg.)

Dieses Bändchen will vornehmlich zeigen, daß es sichere Ergebnisse emsiger und oft gefahrvoller Forchtätigkeit sind, welche die neue Wissenschaft, die Bakteriologie, zu ihrer Bedeutung gebracht haben. Am Bett der Siedchen, in der Küche, in unseren Ausscheidungsküsten, im Erdboden sind die Bakterien tätig. Unsichtbar wirken sie Großes. Lernen wir sie kennen, so erschrecken sie uns, aber zugleich freuen wir uns über ihr Wirken, über ihr geregeltes, einflussvolles Tun, denn sie sind die wichtigsten Mittel, die unschätzbaren dienstbaren Geister im Haushalt der Natur.

Nicht alles konnte in dieser Schrift vereinigt werden. Sie soll nur das Interesse am Reiche der Mikroorganismen wecken und eine allgemeine Kenntnis darüber ermöglichen.

Die Gesundheitslehre erhielt durch die Bakteriologie einen wichtigen Grund und Boden. Nachdem die Gefährlichkeit der Krankheitserreger erkannt wurde, fand man und wird noch weiter Mittel und Wege finden, sie erfolgreich zu bekämpfen. Daß der Inhalt des Bändchens auch nach dieser Richtung hin Gutes zeugen möge, ist der heutige Wunsch des Verfassers.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“



Sparen hilft

MAGGI'S Würze

Achtung vor Nachahmungen!

Die dünnste Wassersuppe, jede schwache Bouillon, ebenso Saucen, Gemüse und Salate erhalten augenblicklich unvergleichlich feinen, kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI'S Würze. Verwendungsanleitung befindet sich bei jeder Originalflasche. — Probebüchlein 10 Pfg.

„MAGGI'S gute, sparsame Küche.“

Am Montag 6 20 Uhr starb nach langem Krankenlager mein lieber Mann und meiner Kinder treusorgender Vater

Nicolaus Plehn.

In tiefer Trauer
Johanna Plehn, geb. Boch,
und Kinder.
Lübeck, den 14. Februar 1911.
Schwartauer Allee 121, III.
Die Beerdigung findet am Freitag 2 Uhr von der Vorwerker Friedhofskapelle aus statt.

Generell mochten entsetzt nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann, meiner Kinder treusorgender Vater, der Schloffer

Emil Saggau

im 41. Lebensjahre. Tief betrauert von mir, meinen Kindern, Mutter und Geschwistern.
Maria Saggau, geb. Suhl.
Glashüttenweg 15.
Die Trauerfeier beginnt am Sonnabend 2 1/2 Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes.

I. O. G. T.

Am 13. Februar entriß uns der unerbittliche Tod unser langjähriger treues Ordensmitglied und Mitglied des Logenausschusses

Emil Saggau

(Loge Lubeca Nr. 135)
im 41. Lebensjahre.
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen stets eifrigen Mitarbeiter für unsere Sache und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Der Logenausschuß.
Beerdigung am Sonnabend, dem 18. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus.

Frauen

zur sofortigen Antritt gesucht.

H. Meyer & Co.,

Werftstraße 2.

Prima frische dicke Blumen pro Pfd. 75 A bei Abnahme von 4 Pfund pro Pfund 70 A
Prima frisches Supf und Bein pro Pfund 25 A
Prima frische Rindfleisch pro Pfund 30 A
Prima Schweinefleisch, Bratenstücke pro Pfund 70 A

M. Labrtz, Böttcherstr. 16.

Allen denen, die unserer lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sowie Herrn Pastor Stücken für seine trostreichen Worte unsern tiefgefühlten Dank.

D. Westphal

und Familie.

Freie Jugend Lübecks.

Wer an der Beerdigung unseres ehemaligen Mitgliedes

Emil Werner

teilnehmen kann, muß sich Mittwoch nachmittags 3 1/4 Uhr am „Weißen Hirsch“, Kremperdorfer Allee, einfinden.

Sonntag, den 19. Februar 1911,

Zusammenkunft

im „Gewerkschaftshaus“
Der Ausschuß.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Die Gewerbesteuer

sollte ein Dämpfer sein für den Konsumverein; so wurde in der Bürgerschaft bei der Beratung des Gewerbesteuergesetzes gefagt.

Die Konsumenten

sind anderer Meinung, das beweist wohl am besten die Tatsache, daß wir gerade in letzter Zeit einen außerordentlich großen Mitgliederzuwachs hatten, wodurch wir imstande sind, unsere Warenabgabestellen um zwei zu vermehren. Eröffnet wird

Warenabgabestelle XIII, Kronsforder Allee 105a

am Montag, dem 13. Februar 1911,

Warenabgabestelle XIV, Drögestrasse 9

am Donnerstag, dem 16. Februar 1911.

Durch die hierdurch erfolgte vermehrte Gelegenheit zur Warenempfangnahme hoffen wir, daß unsere Mitglieder mehr noch wie bisher bestrebt sein werden, unsern Verein noch fernstehende Männer und Frauen für uns zu gewinnen und damit uns Gelegenheit zu geben, unseren Verein immer besser ausbauen zu können.

Die Unterzeichnung einer Beitrittserklärung und Zahlung von 50 Pfg. Eintrittsgeld berechtigt zur Warenentnahme. Der Geschäftsanteil beträgt 30,— Mk., derselbe kann in Raten von 50 Pfg. beliebig eingezahlt werden.

Beitrittserklärungen werden in unseren sämtlichen Warenabgabestellen entgegengenommen.

Mitglieder! Agitiert für den Konsumverein!

Der Vorstand.

Bürgerchaftsmittglieder ist der vom Staat geforderte Kaufpreis viel zu niedrig. Auch eine von der Bürgerchaft in einer früheren Sitzung eingeleitete Kommission vertrat den gleichen Standpunkt. Genosse Hoff legte im Namen der sozialdemokratischen Fraktion dar, daß wir prinzipiell gegen den Verkauf von Staatsländereien sind; ganz abgesehen davon sei aber der vertraglich festgesetzte Preis in keiner Weise angemessen. Die sonstige Erörterung nahm sehr häufig einen außerordentlich scharfen Charakter an und führte zu einem heftigen Zusammenstoß des Rechtsanwalts Dr. Wittern mit dem Wortführer. Schließlich wurde der Senatsantrag mit sehr knapper Mehrheit angenommen. Da es mittlerweile wieder gegen Mitternacht geworden war, wurde die Beratung der zahlreichen noch auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände vertagt.

Zu den Maßregelungen bei der Firma J. J. Struve (Zuh. Gattell) wird uns von der hiesigen Zeitung des Exportarbeiter-Verbandes folgendes mitgeteilt: Die Rutscher und Arbeiter der gen. Firma kamen nach mehrfachen Beratungen zu der Überzeugung, daß es auch für sie endlich einmal an der Zeit sei, auf eine Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse hinzuwirken. Und mit Recht. Betrug doch der Lohn bei einer 10 1/2 resp. 11stündigen Arbeitszeit für Rutscher 23 Mk., für die Arbeiter 22 Mk. pro Woche. Daß bei den heutigen teuren Verhältnissen ein solcher Lohn unzureichend ist, dürfte jedem einleuchten. Da die Kollegen in der Mehrzahl unserem Verbande angehören, beauftragten sie uns mit der Einreichung eines Tarifvorschlages, der dahin ging, daß der Lohn für beide Kategorien um 2 Mk. pro Woche erhöht werden sollte. Ab 1. Juni 1911 sollte eine weitere Verbesserung um 1 Mk. erfolgen. Überbunden sollten mit 50 Pfg. pro Stunde bezahlt werden. Es handelte sich hier um einen Vorschlag, der die Grundlage für weitere Verhandlungen darstellte. Nachdem der Tarif eingekandt war, erhielten wir denselben mit dem lakonischen Bescheid zurück, daß die Firma davon keinen Gebrauch machen könne. Gleichzeitig aber erfolgte die Kündigung zweier Arbeiter. Wir wandten uns dann nochmals an die Firma mit dem höflichen Ersuchen, doch mit einer aus Arbeitern und Rutschern der Firma und einem Mitglied unserer Ortsverwaltung zusammengesetzten Kommission zu unterhandeln. Hierauf erhielten wir die einfache Antwort, daß die Firma keine Verhandlungen mit uns führen werde. Nachdem am Sonnabend unser Vertrauensmann seine Kündigung erhielt, erklärten sich die übrigen Kollegen mit einer Ausnahme solidarisch und kündigten gleichfalls das Arbeitsverhältnis. Herr Gattell entließ dann sofort diese zum Teil seit langen Jahren bei ihm beschäftigten Kollegen. Ein solches Vorgehen der Firma fordert zur schärfsten Kritik heraus und zwang uns, die Sperre über den Betrieb zu verhängen. Inzwischen versucht die Firma, Arbeitswillige heranzuziehen. Hierbei leistet ihr die Handlungsfirma Otto Bartsch u. Co., Beckergrube 58, Hilfe. Unter Verschweigung des wahren Sachverhalts versucht man, Rauscherer anzuwerben. Wir erwarten, daß die organisierte Arbeiterchaft Lübecks den gemäßregelten Rutschern und Arbeitern der Firma J. J. Struve ihre moralische Unterstützung leihet und durch weitgehendste Aufklärung dafür sorgt, daß sich niemand zu Arbeitswilligendiensten bei dieser Firma herbeiläßt.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat Januar 1911. Befördert sind: 1911: 521 827 Personen, 1910: 513 727 Personen, + 8100 Personen. Eingenommen sind: 1911: 50 075,67 Mk., 1910: 49 353,74 Mk., + 721,93 Mk. Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April 1910 bis zum 31. Januar 1911. Befördert sind: 1910: 5 673 797 Personen, 1910: 5 405 488 Personen, + 268 309 Personen. Eingenommen sind: 1911: 548 009,69 Mk., 1910: 522 187,05 Mk., + 25 822,64 Mk.

pb. Warnung vor Diebstahl. Auf einem Gute bei Neustadt i. S. ist am 30. vor. Wts. eine schwarze Damen-Perlperle aus kurzhaarigem Pelz mit Blaustrahlen, dunklem Seidenfutter im Mittelstück und hellerem Seidenfutter an beiden Enden, abhandlungsgelommen und wahrscheinlich gestohlen worden. Es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß diese Perle hierorts verkauft oder zum Kaufe angeboten ist.

pb. Verschwindener Handwagen. Aus dem Torweg eines Gasthofes in der Schmiedestraße ist ein graugelblicher zweirädriger Handwagen abhandlungsgelommen. Wahrscheinlich hat ihn ein Unbefugter benützt und irgendwo stehen lassen.

pb. Diebstahl. In der Zeit vom Sonnabend den 11. bis Montag den 13. ds. Wts. sind von einer Maschine, die auf einem Wagen auf der Wallhalbinsel stand, eine Anzahl Messingteile abgeschraubt und vermutlich gestohlen worden. Die Messingteile bestehen aus: 2 Schmierbännen, 1 Ventilkapfel, 1 Ventildesel mit Spindel und Stopfbüchse.

Al Abroad. Das Wechselspiel des Lebens ist niemals zu kurz um nicht doch noch von vollkommener Dramatik oder höchster Lustigkeit zu sein. Al Abroad — das ist die Hochschule des Lachens. Wie ein Nebel ziehen die dem Leben nachgedichteten Szenen vor uns vorüber. Die Lüge des Objekts gibt dem blinden Zufall die Hand — und zwischen Ursache und Wirkung offnen sich ein helles Gelächter das Terrain. Die Al Abroad-Gesellschaft, die in Lübeck auf einige Tage ihre Karte mit 4 Sturabes und Einaktern abgibt, huscht im Fluge durch die Welt. Deutschland, England, Amerika, Rußland, — wie sie in ihrem Namen die vier Weltteile umfaßt, so umfaßt sie mit ihren 4 Punkten am Abend alle Grenzen des Lebens. Und sie lehrt die Menschen das Lachen, das helle befreiende Lachen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, gelangt bei kleinen Preisen die erfolgreiche Operette „Die Förster-Chrissi“ von Jarro zur nochmaligen Aufführung. — Für Donnerstag, abends 7 Uhr, geht als zweite Vorstellung im Wagner-Festhaus die Oper „Lohengrin“ in Szene. — Für Freitag befindet sich die Lustspiel-Revue „Der König“ von de Caillavet und de Hlers in Vorbereitung. Das Stück hatte bei seiner Erstaufführung am Vesting-Theater in Berlin sowie auch nachher an vielen anderen deutschen Bühnen glänzende Erfolge zu verzeichnen. — Am Sonntag, 19. Februar, geht als dritte Vorstellung im Wagner-Festhaus die Oper „Lohengrin“ in Szene und wird gleichzeitig in der Titelrolle Alois Bennarini vom Hamburger Stadttheater ein Gastspiel bei gewöhnlichen Preisen abspielen.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Am Donnerstag, abends 8 Uhr, gelangt das Lustspiel „Die reiferen Studenten“ von Benedix und hierauf der Schwank „In Zivil“ von Kadelburg zur nochmaligen Aufführung.

Kiel. Ein erdichtetes Verbrechen. Als grobe Lüge hat sich nach einer Meldung die Aussage des Mädchens herausgestellt, das nachts am Kai im Wasser gefunden wurde und, nachdem man es aufs Trockene gebracht, behauptete, von einem Unbekannten hingestochen worden zu sein. Das Mädchen, das mit verbundener Wunde aufgefunden wurde, hat eingestanden, daß es die Geschichte erfunden hat.

Holtenau. Beim Schlittschuhlaufen auf dem See bei Neustadt ertranken am Sonnabend zwei Schüler des dortigen Lehrinstituts, der zwanzigjährige Grabbe-Seefeld, Kreis Neumünster, und der neunzehnjährige

Muller-Kolmar in Holtenau. — Auf dem Entwerfer bei Sternberg ist der zehnjährige Sohn eines Maurers am Sonntag beim Eislaufen ertrunken. Den herbeieilenden Techniker gelang die Rettung nicht, da sie selbst einbrachen und an die eigene Rettung denken mußten. — Eine dritte Hubschiff kommt aus Büchelz (Mecklenburg-Schwerin): Gestern (Sonntag) sind der vierzehnjährige verheiratete Tagelöhner Reine und der dreizehnjährige Blasefänger beim Fischfang ertrunken. Ein sechzehnjähriges Mädchen wurde gerettet.

Güstrow. Die Güstrower Meinedsjustiz. Unser Rostocker Bruderorgan, die „Mecklenb. Volkszeitung“, bringt im Anschluß an die auch von uns bereits aufgeführten Erinnerungen an den Güstrower Meinedsprozess, der ein Seitenstück zur Essener Meinedsstragödie bildet, bemerkenswerte Einzelheiten über die Verhandlungen des Schwurgerichts, in denen 1902 der Händler Holt wegen Meineds verurteilt wurde. Wir zitieren den Schluß des Artikels: Innerhalb sieben Minuten (!) sprachen die Geschworenen den Angeklagten schuldig des Meineds, worauf der Richter (Landgerichtsdirektor Schmidt-Schwerin, Landgerichtsrat Stempel-Rostock und Assessor Petersen) Holt auf Antrag des Staatsanwalts zu drei Jahren Zuchthaus verurteilte. An Anstrengungen, das Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen, hat es Holt nicht fehlen lassen. Aber sie blieben immer erfolglos. Obwohl inzwischen ein neues, hochbedeutungsvolles Moment in Erscheinung getreten ist, das die Unschuld des Holt reiflos nachweist! Bekanntlich ist dem Holt zur Last gelegt worden, er habe gehört, es aber unter Eid bestritten, daß der Fischer Wollenberg etwas gerufen hat. Und deshalb wurde er verurteilt. Danach könnte man annehmen, es sei über alle Zweifel erhaben, ob von Wollenberg überhaupt gerufen worden ist. Solche Annahme ist aber grundfalsch. Denn Wollenberg hat vor einiger Zeit beschworen, daß er damals gar nicht gerufen hat!!! Holt hat also unter seinem Eid die Wahrheit gesagt, denn wenn Wollenberg überhaupt nicht gerufen hat, so ist selbstverständlich, daß er den Ruf absolut nicht hören konnte! Das Schwurgericht in Güstrow ging davon aus, Wollenberg hat gerufen und Holt habe das hören müssen und habe es gehört. Jetzt ist aber die beschworene Aussage Wollenbergs da, daß er überhaupt nicht gerufen hat. Da kann doch niemand mehr erklären, Holt hätte ein Rufen hören müssen und habe es gehört! Bis heute ist Holt aber immer noch nicht rehabilitiert. Die Klassenjustiz hält ihr Opfer fest.

Theater und Musik.

In dem Neuen Stadttheater gelangte gestern vor einem trotz erhöhter Preise ausverkauften Hause Thomas Oper „Mignon“ mit der Kammer Sängerin Eva v. D. Oken vom Dresdener Hoftheater in der Titelpartie zur Aufführung. Die ausgezeichnete Künstlerin bot eine Meisterleistung von hinreißender Wirkung im Gesang und Spiel. Auch unser ständiges Orchesterpersonal sowie das Orchester gaben ihr Bestes. Endloser Beifall und Blumen drückten den Dank und die Anerkennung der Zuhörer für den genussreichen Abend aus.

Ständesamtliche Nachrichten

vom 5. bis 11. Februar 1911.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
28 Januar. Zigarrenfabrikant J. G. F. Brahl, 29 Oberlehrer Dr. phil. J. M. D. Rödig, St. Rutscher W. F. S. Lorenz.
1. Februar. Arbeiter A. G. C. Begier, 2. Vot. Fr. Chr. S. J. Kempte, 3. Arbeiter C. F. Neubauer, Stabkapitän G. R. F. Köhler, Schneider G. W. F. Kratom, Bäcker H. Fr. Lamm, 5. Arbeiter G. Fr. W. Langeberg, Krankenschwäger A. M. R. Wenck, Schuhmacher M. G. A. Dolz, Arbeiter W. G. J. Hümpel, 6. Arbeiter G. R. S. Hamann, Maschinenschlosser J. G. C. Kähler, 7. Schriftf. Chr. Martens, Arbeiter G. C. G. Möller, 8. Arbeiter G. Chr. J. Land (Krempelsdorf), Arbeiter L. D. Chr. Fr. Meyer, 9. Satzträger G. G. J. Heuer, 10. Geschäftsbreiter W. F. S. Wehnke.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

1. Februar. Bauarbeiter A. B. G. Malonn, 2. Arbeiter J. G. C. Möller, Maurer Fr. F. S. Bumann, 4. Tapezierer F. O. W. Göhlich, Schlachter G. F. Fr. Müller, 5. Bureauhilfe G. W. A. Meyer, Hoboist Sergeant F. C. Müller, 6. Bademeister und Masseur W. G. Winler, Privatmann R. Rauch, 7. Schlosser W. G. A. Dornheim, 8. Kaufmann G. W. Grube, Kellner J. G. R. Stier, 10. Arbeiter G. F. S. Steffen.

Ungeordnete Aufgebote.

6. Februar. Arbeiter A. M. J. Mader und D. G. C. M. C. Bosenberg, Kunst- und Handlungsgärtner J. W. G. Sedund und G. F. M. Wülfel in Gölitz, 7. Schlosser W. G. F. W. Hubert in Nowawes und M. D. C. Woss in Mölln, Musikf. H. Seedorf und A. M. Ahrens in Transmoor, Maler K. H. Schumann in Kücknitz und G. M. M. Groth, Arbeiter G. F. F. Körtcher und die geschied. A. B. Gruel geb. Niefandt in Moitzing, Schlosser S. J. J. A. Ahrendt und A. C. M. Mahite, Heizer G. R. Beth und G. L. B. G. Möller, 8. Fabrikarbeiter K. D. Both und G. F. A. F. Rührer, beide in Hversgehofen, Zimmermann J. W. Bohnsack in Schönböden und Chr. D. M. Schwarz, Maurer C. R. F. Rohrer und F. J. M. Luchke, Kaufmann G. F. R. Rätow und G. C. G. Dunder, 9. Fischer A. C. F. Rogel und A. M. J. Sönke, beide in Stade, Monteur B. G. Porath und G. A. Krug, beide in Hamburg, 10. Bahnarbeiter G. C. B. Riedhof und A. C. R. Köhler in Gadebusch, Schlosser G. Chr. H. Schmidt und O. Jinn in Belbert, 11. Schiffingenieur F. C. Chr. Rix und A. D. W. S. Willrath, Handlungsgärtner S. Serk in Neuhof und G. D. Olsson in Bischof.

Scheidlichkeiten.

7. Februar. Schlachtermeister H. W. D. Steer und M. W. Puls, beide in Cütm, 9. Schlachter W. G. F. Nitz und M. A. C. G. A. Benecke, 11. Arbeiter G. D. S. Stollenberg und J. M. A. Sperling, Hilfsarbeiter R. O. Schiller und G. M. M. Dregger, Kellner J. C. G. Fohrl und G. C. C. Seidmann, Arbeiter W. F. J. S. G. Siemsen und Witwe M. F. A. Speck geb. Unruh, Bureauvorsteher G. G. F. Johanson-Vamberger und geschied. F. C. G. Schick geb. Meyer, Mieter W. J. S. Dornwald und A. D. S. Traugott, Arbeiter G. J. F. Dibbert und geschied. A. C. W. Rohmann geb. Löding, Arzt Doktor der Medizin G. R. Sönichsen in Hamburg und J. B. Katentamp.

Sterbefälle.

4. Februar. G. D. B. G. Coers, 28 J. G. geb. Samuelsen, Ehefrau des Gattlers A. Andersen, 59 J. G. F. G. F. geb. Kahl, Witwe des Försters G. F. Behrens, vorher verwitwete Wuthmann, 79 J. R. G. F. Sander, 1 Mt. Kaufmann A. A. J. Jäde, 62 J. G. G. M. M. Richter, 11 J. R. G. G. geb. Braasch, Witwe des Försters H. Rathmann, 65 J. G. G. R. Frahm, 8 Mt. Arbeiter A. R. G. Denker, 65 J. G. B. Rühl, 7 J. (Moitzing), 7. Ein in der

Geburt verstorbenen Knabe, W. J. Bureaubeamter G. F. W. Begelin, D. M. G. geb. Schacht, Ehefrau des Stellmachers, geschied. D. M. G. Westphal, 80 J. (Krempelsdorf), G. M. geb. Bieten, Witwe des Arbeiters J. G. J. Müller, vorher verwitwete Kröplin, 78 J. A. M. geb. Holt, Ehefrau des (Veruf nicht bekannt) R. A. Riehn, 81 J. (Schwartau), 8. Ein Knabe, 10 Minuten, W.: Arbeiter G. G. J. Land (Krempelsdorf), G. G. M. F. Holz, 8 J. G. M. G. geb. Koop, Ehefrau des Landmannes J. F. S. Burmeister, 45 J. (Mein-Sarau), 9. Ein in der Geburt verstorbenes Mädchen, W.: Kaufmann G. C. F. Wiegant, 10. G. J. A. geb. Tacke, Witwe des Schirmmachers G. W. Nahlfs, 65 J. Ein totes Knabe, W.: Geschäftsbreiter W. J. S. Wehnke, 8. M. G. geb. Jäde, Ehefrau des Hoboisten G. F. W. Castagne, 28 J. D. J. F. geb. Langpaap, Witwe des H. garrenarbeiters J. A. Chr. Fischhorn, 71 J. Ein totes Knabe, W.: Rutscher J. R. Haase, G. R. M. geb. Reese, Ehefrau des Betriebsinspektors J. Sterk, 88 J. 11. F. M. G. S. geb. Witte, Ehefrau des Arbeiters G. J. G. Müller, 45 J. Kaufmann R. C. Goller, 64 J. G. M. G. A. geb. Fortlas, Ehefrau des Rutschers J. R. Haase, 25 J.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Wagenfahler! Der Streit in den Norddeutschen Automobilmotoren in Garmeln ist nach den Mitteilungen der Presse als aufgehoben zu betrachten. Es haben auch eine Anzahl Metallarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, jedoch stehen außer einer beträchtlichen Anzahl der verschiedensten Berufsarbeiter der Metallindustrie auch die Holzarbeiter und Sattler noch außerhalb des Streikens. In einem Schreiben der Direktion sollten von sechs streikenden Sattlern vier wieder eingestellt werden. Die Verhandlungen zogen sich aber furchtbar in die Länge und kamen vorläufig nur Metallarbeiter zur Einstellung. Dieser Gelegenheit schrieb die Firma an den Streikleiter: „Soweit sich noch weiterer Bedarf geltend macht und wir die benötigten Leute aus der Anzahl derjenigen nehmen können, die zurzeit unberücksichtigt bleiben, werden wir Ihnen Nachricht zukommen lassen.“ Die nicht eingestellten Sattler lebten nun in der Hoffnung, bald berücksichtigt zu werden, zumal die Firma mit den Arbeitswilligen nicht auskommen kann, obgleich sie mehr Arbeitswillige hat als früheres Personal. Dieser Tage suchte nun die Firma im „Deutschen Arbeitsmarkt“ Wagenfahler. Die noch auf der Straße liegenden Sattler erinnerten die Firma nun an ihr Versprechen. Die Direktion lehnte jedoch jede Wiedereinstellung der Sattler ab. Die Firma ist somit für alle Sattler als gesperrt zu betrachten und der Bezug streng fernzuhalten.

Zur Lohnbewegung der Rohglasarbeiter in der Oberpfalz. Die millionenschweren Unternehmer der Rohglasarbeiterindustrie in Fürtz sind anscheinend gewillt, die Glasarbeiterchaft zum Außersten zu treiben. Die Regierung, die an den Verhandlungen mit den Unternehmern und Arbeitern teilgenommen hat, war nicht imstande, die Ausbeuter zur Besinnung zu bringen. Was in diesen Verhandlungen an Zugeständnissen gemacht worden ist, war so gering, daß die Vertreter der Arbeiter am 29. Januar auf der Konferenz in Weiden diese Zugeständnisse als absolut ungenügend zurückweisen mußten. Daran änderte auch das Eintreten des Herrn Regierungsvorstehers nichts, der alle Redefunktion daran setzte, um die Arbeiter zur Annahme der Zugeständnisse zu bewegen. Die Versammlung beauftragte deshalb ihre Vertreter, gemeinsam mit der Regierung in erneute Verhandlungen einzutreten. Eine von der Konferenz gefasste Resolution wurde den Unternehmern mit einem Anstreben zugestimmt und ihnen der Vorschlag unterbreitet: eine fünfprozentige Lohnerhöhung für bestimmte Sorten eintreten zu lassen und für Apparatschleifer zu den bereits bewilligten 80 Pfg. per Satz eine weitere Zulage von 30 Pfg. zu gewähren, sodas die neue Leuerungszulage 50 Pfg. per Satz beträgt. In dem Schreiben wurde versichert, daß, wenn die Unternehmer einigens Entgegenkommen zeigen, eine Einigung leicht möglich wäre. Die Unternehmer haben darauf in einer Zusammenkunft sich erneut mit der Sache befaßt. Mit einem Seitenhieb auf die Organisationsangelegenheiten und mit dem Ausdruck des Bedauerns für die armen Arbeiter erklärten die Unternehmer in einer Resolution, daß sie den lebhaftesten Wunsch hätten, die schwebenden Differenzen beizulegen; sie würden es sehr bedauern, wenn durch längeres Hinziehen des definitiven Tarifabschlusses durch die Organisationen den Arbeitern die Vorteile des neuen Tarifvertrages noch weiter vorenthalten werden; die Verantwortung hierfür trügen allein die Organisationen. Damit sind weitere Verhandlungen unmöglich. Die bedeutenden Zugeständnisse betragen, wie auf der Konferenz in Weiden ausgerechnet wurde, pro Stunde 1/2 Pfg. Dafür sollten die Arbeiter einen Tarif auf drei Jahre und sieben Monate abschließen. Was den Arbeitern von den Unternehmern geboten wurde, kommt einer Verhöhnung gleich. — Die Arbeiter werden in einer Konferenz nunmehr beschließen, was weiter zu geschehen hat. Ein Streik erscheint unvermeidlich.

In den Armen liegen sich beide. Eine Zeitlang gab es in Trier eine Menge Beleidigungsklagen zwischen den christlichen Gewerkschaftsführern beider Richtungen. Dieser christliche Krieg hat nun mit einem Male ein Ende erreicht, brüderlich haben diese Leute, die sich gegenseitig mit den unflätigsten Schimpfworten belegten, einander die Friedenshand gereicht. Und das kam so: Vor einiger Zeit hatte der Fachabteilungssekretär Holz einige Leute verhaftet, weil sie behauptet hätten, er habe sich in fittlicher Beziehung schwer vergangen. Als ihn der Gerichtsvorsteher fragte, warum er nicht gegen den Urheber dieser Behauptung, die christlichen Gewerkschaftssekretäre Becker und Rauber, klagte, da meinte Holz: die seien moralisch derartig verkommen, daß er es unter seiner Würde erachte, gegen sie gerichtlich vorzugehen. Die beiden Sekretäre strengten nun gegen Holz eine Beleidigungsklage an: der erhob Widerspruch, weil er sich durch einen Zeitungsartikel der beiden beleidigt fühlte, und er erbat sich, vor Gericht den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen zu erbringen. Aber dazu kam es gar nicht. In der Verhandlung schlossen sie einen Vergleich, jede Partei übernahm die Hälfte der Kosten, und sie versprachen einander, daß sie sich in Zukunft bemühen würden, bei ihrer Agitation alles persönlich Beleidigende auszuscheiden. Dieser Ausgang des Prozesses kann nicht überraschen. Nachdem den christlichen Gewerkschaften und den Fachabteilungen vom Papst und den Bischöfen befohlen worden ist, Frieden untereinander zu halten, geht es nicht gut an, daß sie sich gegenseitig an Gerichtsstelle verurteilen lassen.

Quittung.

Für den Mahlfonds gingen ein:
Von R. S. 2.— Mk.
Von Arbeitern in Moorarten 8,20
Sozialdemokratisches Parteisekretariat.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargemeinde“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten Inhalt Johannes Stelling, Verleger: J. H. Schöwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. sämtlich in Lübeck.

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch für nur 25 Pfennig

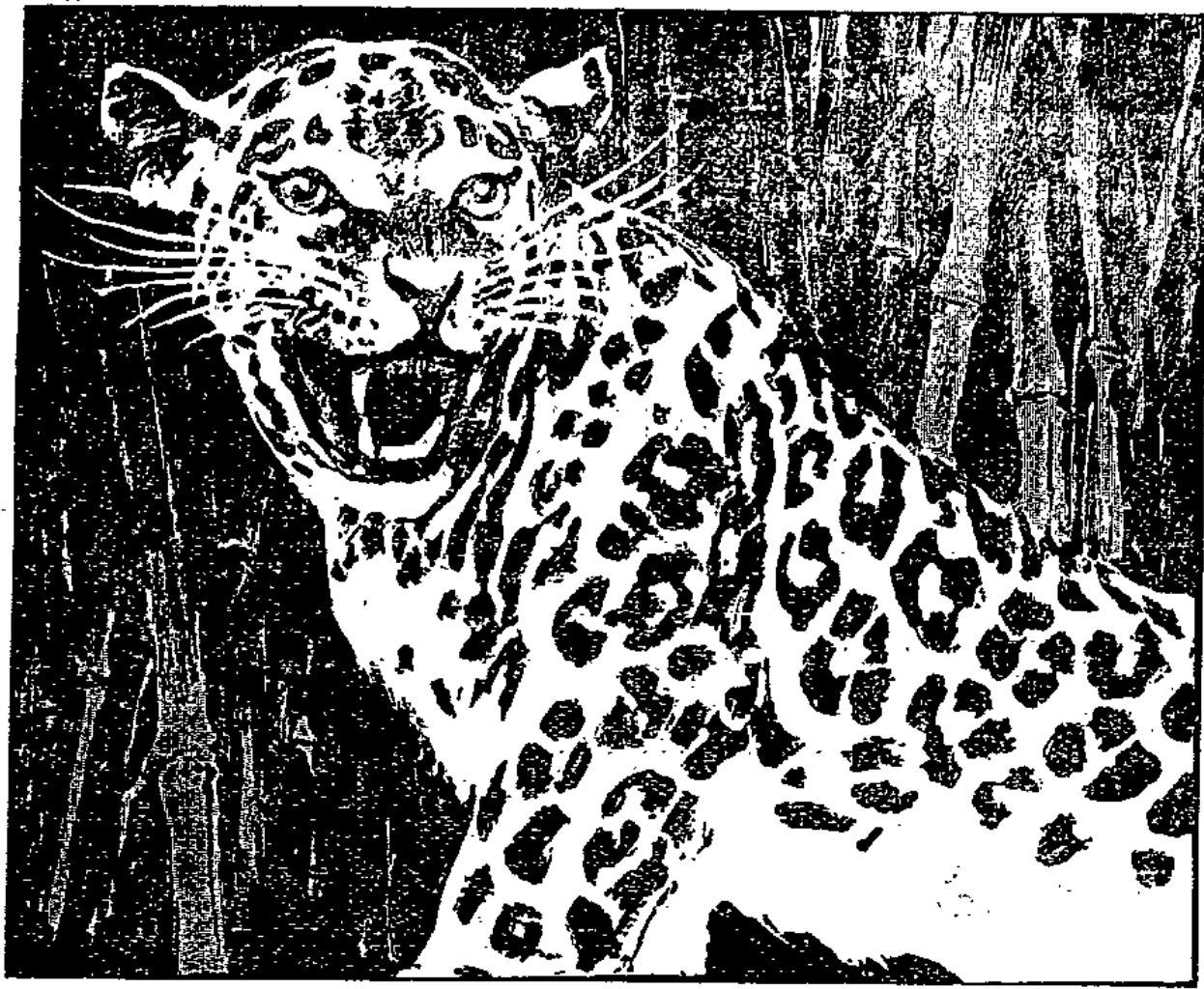
pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressantesten Erlebnisse und Erfahrungen:

Carl Hagenbeck von Tieren und Menschen

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hauschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in

Raten von wöchentlich 25 Pfg. zu beziehen.

Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.



„Ein Volksbuch im besten Sinne“

Ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse und Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant und spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

Carl Hagenbeck der bloße Name — wer kennt ihn nicht — läßt vor den Augen die fesseln anziehendsten Bilder entstehen von fernen Erdteilen, deren Jagdgründe die Jäger und Agenten des größten Tierlieferanten der Welt durchstreifen, dem fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die erstaunlichen Erfolge Hagenbeckscher Tierdressur, die Löwen, Tiger, Bären und andere wilde Tiere in friedlichstem Beieinander zusammenhausen läßt. Auf den ersten Blick wird es uns daher klar, daß die vorliegenden Aufzeichnungen Carl Hagenbecks

die interessanteste Veröffentlichung bilden, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen, — das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Welthaus begründet hat und enthält eine solche Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung, daß es als ein Vorbild von unschätzbarem Werte in den Besitz des ganzen deutschen Volkes übergehen muß.

Auch für die reife Jugend bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, wie es sich besser nicht denken läßt. Den bestirrenden Zauber, den Robinsons Erzählungen auf jedes jugendliche Herz ausüben, findet man hier wieder, und da alles auf dem Boden der Tatsachen steht, ist Hagenbecks Werk den Phantasien sogenannter „Reiseschriftsteller“ um vieles vorzuziehen.

Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu Herzen gehendem Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist Carl Hagenbecks Werk keine bloße Unterhaltungslektüre, es ist ein Bildungselement ersten Ranges. Ein neuer „Dreßm“ liegt hier vor uns, seiner lehrhaften Form entkleidet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Geschäftsgenießers bereichert.

Carl Hagenbeck ist auch der Träger absolut neuer und vielversprechender Zuchtgedanken, aus denen unsere Landwirtschaft noch ungeahnte Vorteile schöpfen wird.

Nutzen Sie diese einzig sich bietende Gelegenheit,

Ihre Bibliothek mit dem wertvollsten Buch des Jahres zu bereichern, Ihren Kindern edelste Belehrung und spannendste Unterhaltung zu bieten und senden Sie nebenstehenden Bestellschein ausgefüllt an unsere Expedi-
tion

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Lübeck, Johannisstr. 46.

60 000 Exemplare bereits verkauft

Gesl. ausfüllen	Bestellschein	und einsenden
An die Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Lübeck, Johannisstraße 46.		
Unterzeichnete . . . bestellt hierdurch		
Carl Hagenbeck, Von Tieren und Menschen		
Vollständig in 21 Lieferungen à 25 Pfg. = Mk. 5.25 nebst einer Einbanddecke für 75 Pfg. Wöchentlich ist eine Lieferung zuzustellen.		
Name und Stand:		
Genauere Adresse:		

Tüchtige Arbeiterinnen
gesucht.
August Schuhmacher.
Ernestinenstraße 3.

Eine Wohnung
zu vermieten. Schlumacherstr. 5/11.

Empfehlungsarten

Buchdruckerei des Fab. Volksboten.

Empfehle Weiß-, Woll- und Kurzwaren. M. Voß, Stadelsdorf, Ahrensböden Str. 42.

H. Boy, Königstr. 61. & 1811. Marktbohlst. 46.

Mittwoch frisch eintreffend: Hamburger Stein, Sabelburg, Dorisch, Schellische, Seelachs.

Stadthallentheater.
Donnerstag, 16. Febr. Abds. 8 Uhr
Die relegierten Studenten.

Inszeniert von Roderich Benedix.
Hieraus: **In Zivil.**

Schwanz von Sabelburg.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Kugel, Markt 14, und bei Rossmarkt 13.

Unsern großen Freund Hans in de Ghalotirat tau sien Geburtstags an Smal dunnerndes Hoch.
Mehrere Freunde.

Hansa-Theater

Anfang abends 8 1/2 Uhr.
Vorlesung
Gastsp. Budap. Folies-Cap.
Was fehlt Madame.

Schwanz in 1 Akt.

Ein lediger Ehemann
Schwanz v. Gtinger u. Lauffig.

Kobi Krach
auf der Hochzeitsreise.
Vorverkauf bei Sager.

Zu meinem
am Mittwoch, 15. Februar 1911
stattfindenden

Grünkohl-Essen

lade ergebnis ein.
Karl Schlüter

Restaurant Zum alten Tivoli
Wakenitzmaner 9.

Abreisenden aufbewahrt u. nach-
gesandt werden
Gegenstände aller Art, als: Mobili-
en, Koffer etc. im Lagerhaus und
Expeditions-Geschäft Fischerar. 52.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preistage
empfiehlt
J.H. Stooß, Engelsgrube.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Peri- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Gewerkschaftshaus Lübeck
Morgen Mittwoch, den 15. Februar:

4. Abonnements-Konzert
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater
Eeke Huxstrasse.

Ab heute:
Beerdigung des Reichstags-
abgeordneten **Paul Singer**

und das große Wochenprogramm;
u. a.: Die List des kleinen Schornsteinfegers.
Die Direktion.

Eine Schneiderin
sucht in und außer dem Hause Be-
schäftigung. Dornestr. 28, I.

Wo kauft man am billigsten
getragene Taschenuhren, Musik-
Instrumente u. verschiedene andere
Sachen gut und billig, nur
Huxstr. 121, vis-à-vis d. Badeanst.

Neues Stadttheater.
Mittwoch, 15. Febr. Abds. 8 Uhr.
Außer Abonnement.

Bei kleinen Preisen!
Die Förster-Christl

Operette von Georg Jarro.
Donnerstag, 16. Febr. Abds. 7 Uhr.

2. Vorstell. im Wagner-Zyklus.
LOHENGRIN.

Große Oper von R. Wagner.
Freitag, 17. Februar. 7 1/2 Uhr.
Zum 1. Male! Neu!

Der König (Le Roi).
Lustspiel von Gailabet u. de Fiers.
Vorläufige Anzeige.

Sonntag, den 19. Februar 1911:
Gewöhnliche Opern-Preise!
Gastspiel d. Kgl. Kammerfängers

Alois Pennarini
vom Hamburger Stadttheater.
3. Vorstell. im Wagner-Zyklus.
Tannhäuser.
Große Oper von R. Wagner.